:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 1.12.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

NS-Verherrlichung am 9.11. 2005 in München

MÜNCHEN. Am 9. November 2005 fand auf dem Stachus in München eine Neonazi-Kundgebung statt, die Norman Bordin unter dem Motto „16. Jahrestag des Mauerfalls“ angemeldet hatte. Angekündigt war die Verlesung einer Namensliste von Personen, die in diesem Zusammenhang ums Leben gekommen waren. Zahlreiche uniformierte und Zivil-Polizeibeamte waren anwesend, um den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung zu garantieren. Statt der Mauer-Toten verlas Bordin allerdings die Namen der 16 beim Hitlerputsch 1923 ums Leben gekommenen Nationalsozialisten, wie Spiegel TV vom 13.11. dokumentierte. Die Polizei griff nicht ein.

Im Vorfeld hatten das Kreisverwaltungsreferat und die Polizei mehrfach betont, dass jegliche Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, insbesondere auf den 9. November 1938 und den 9. November 1923, sofort unterbunden werden würde. Auf der Versammlung konnten die Neonazis allerdings trotz mehrfacher Intervention bei der Einsatzleitung der Polizei ungehindert ein Transparent zeigen mit der Aufschrift: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu – Für die Ehre unserer Väter“; dieses Transparent in altdeutscher Schrift war „unterzeichnet“ von der „Kameradschaft München“. Die Polizei argumentierte, dass dies der Auflagenbescheid des Kreisverwaltungsreferates nicht vorsehen würde.

Die Fraktion Die Grünen - rosa liste hat eine ausführliche Anfrage an das Kreisverwaltungsamt gerichtet, um den Sachverhalt aufzuklären. U.a. wird danach gefragt, ob ein Verantwortlicher von Seiten der Staatsanwaltschaft vor Ort war, der die mögliche rechtliche Beanstandung von Transparenten und Redebeiträgen überhaupt kontrolliert hat und ob die festgestellten Verstöße gegen die Auflagen jetzt geahndet werden.

nach Lokalberichte München 24-05 ■

Aus dem Inhalt:





Fotos: arbeiterfotografie

„Dieses Treiben gehört verboten...“

KÖLN. Insgesamt 400 Menschen demonstrierten am 19. November gegen einen erneuten von Axel Reitz angemeldeten Nazi-Aufmarsch, ein Teil direkt vorm DGB-Haus, ein Teil sammelte sich bereits an der geplanten Route. An der Kundgebung nahmen neben dem Bezirksbürgermeister Hupke, dem Vorsitzenden des Integrationsrates Tayfun Keltek auch der gesamte Bezirksvorstand von ver.di teil.

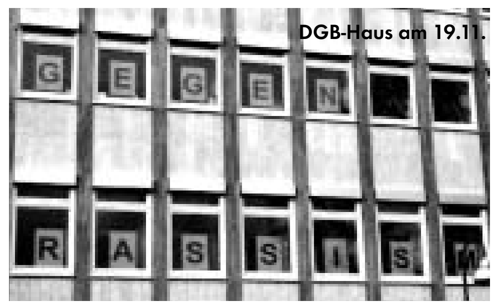
Rechtsanwalt Hans Decruppe erklärte als Anwohner: „Als Jurist sage ich: Dieses Treiben gehört verboten. Neonazismus, das ist Menschenverachtung, Bedrohung und Angriff auf anders Denkende, anders Farbige, auf Minderheiten, auf die Demokratie in diesem Land. Es ist ein Angriff auf die Grundwerte und Menschenrechte... Stehen wir als Bürger in Solidarität zusammen und zeigen, dass diese Kräfte nicht den Hauch einer politischen Chance bekommen.“

Claudia Wörmann-Adam moderierte die Kundgebung und forderte für den Bezirksvorstand von ver.di: „Wir brauchen mehr Engagement gegen den rechten Mob heute und jeden Tag auf der Straße und im Betrieb.“ Peter Trinogga, von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regime meinte: „Seit 1990 wurden über 200 Menschen in der Bundesrepublik von den braunen Gangstern ermordet. Und dann wollen die Mörder uns weismachen, es ginge um Meinungsfreiheit! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Alexander Simon sprach als Vertreter der Studierenden in Köln.

Am Ende der Kundgebung gegen Rechts sammelten sich ca. 50 Nazis um den sich „Gauleiter“ nennenden Axel Reitz. Nachdem offensichtlich wurde, dass Axel Reitz faktisch eine Fortsetzungsveranstaltung der verbotenen Nazi-Kundgebung vom 9. November durchführte, löste Polizeipräsident Steffenhagen, der sich vor Ort befand, die Versammlung kurzerhand auf. Gleich der erste Redner, Sascha Krolzig aus Hamm, bezeichnete den 9. November als einen „großartigen Tag in der deutschen Geschichte“, an den sich „unsere Feinde noch lange erinnern“ werden (taz, 21.11.05). Damit war die Kundgebung bereits nach 4 Minuten zu Ende.

In der Zwischenzeit hatten sich an der Route der zunächst ja genehmigten Demonstration der Nazis in der Innenstadt bereits hunderte Demonstranten versammelt. Alleine an der Kreuzung Moltkestr./Aachener Straße standen über 100 Demonstrantinnen und Demonstranten. Per Lautsprecher unterrichtete die Polizei die Teilnehmer vom Verbot. Zum zweiten Mal in sehr kurzer Zeit scheiterten damit die Provokationen der „Kameraden“ um Reitz. *jöd* ■



DGB-Haus am 19.11.

ACP-Bundestagung

Kassel. Der rechtskonservative „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP) führt seine nächste Bundestagung am 18. Februar 2006 im Komforthotel Stadt Baunatal/Kassel durch. „Mit Visionen leben“ heißt das Thema der Tagung, die in Zusammenarbeit mit dem Team.F. – Neues Leben für Familien durchgeführt wird. Referieren wird der 1912 geborene Paneuropäer Otto von Habsburg, der auch dem Kuratorium des ACP angehört. Teilnehmer des Symposiums ist, neben Dr. Wolfgang Furch, früher Vizepräsident der hessischen Landesärztekammer, Günther Janssen (beide ACP) und Richter Peter Rohde auch der aus der CDU ausgeschlossene Martin Hohmann. Hohmann war kürzlich noch Gast bei einem Treffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“. Nicht immer kommen die radikalen Bibelauslegungen des ACP, einer internationalen Vereinigung von Personen, deren Ziel u.a. „eine angemessene Publizierung von biblischen Denk- und Handlungsweisen in den modernen Massenmedien“ ist, an. So lehnte Steffen Seibert von der Chefredaktion „ZDF Aktuelles“ unlängst ein Interviewgesuch des ACP-Blattes ab. „In der Februar/März-Ausgabe Ihrer Zeitschrift stoße ich auf Äußerungen zur Homosexualität, die mit meiner Auffassung vom Christentum nichts zu tun haben und die ich in keiner Form unterstützen möchte“, schrieb Seibert. Noch im April hatte der ACP in seiner Zeitschrift unkommentiert Bibelzitate zur Homosexualität abgedruckt, in denen u.a. die Todesstrafe für diese „Gräueltat“ gefordert wird. Andere scheint dies nicht zu stören. Im Juli gab Bundespräsident a.D., Dr. Johannes Rau (SPD), dem ACP ein Interview. *hma* ■

KAB-Verbot gefordert

Österreich. Peter Pilz, Sicherheitssprecher der österreichischen „Grünen“ hat das Innenministerium aufgefordert, ein Verbotsverfahren gegen den „Kärntner Abwehrkämpferbund“ (KAB) einzuleiten. Der KAB verhindere mit seiner Blockadehaltung in der Frage der Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten die Erfüllung des österreichischen Staatsvertrages. Nach Artikel 7 Absatz 5 könne „die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen“, verboten werden, so Pilz. Der etwa 10 000 Mitglieder umfassende KAB pflegt die Tradition des Kärntner „Abwehrkampfes“ von 1918 und 1919 im deutschnationalen Sinne und unterhält u.a. Kontakte zur „Kameradschaft IV“, einem Traditionsverband ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Vor allem Haiders BZÖ und die FPÖ sprechen sich vehement gegen ein KAB-Verbot aus. FPÖ-Generalsekretär Karlheinz Klement bezeichnete die „Grünen“ gar als „Gesinnungsterroristen“. Aber auch bei SPÖ und ÖVP scheint es derzeit keine Mehrheit für eine Unterstützung dieser Forderung zu geben. *hma* ■

Meves bei den Danuben

München. Die „Burschenschaft Danubia“ in München will am 3. und 4. Dezember ihre „23. Bogenhausener Gespräche“ durchführen. Das Thema der Diskussionsveranstaltung lautet „Droht der Volkstod? – Zur demographischen Lage der Deutschen“. Als Referenten eingeladen sind u.a. der Alt-Nazi und frühere FPÖ-Bundesrat Otto Scrinzi, der im vergangenen Jahr beim „Freiheitlichen Kongreß“ des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ auftrat, der „Ostpreußenblatt“-Autor und „Opus Dei“-Mann Jürgen Liminski, der „Soldat im Volk“-Autor Pater Lothar Groppe sowie die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves. Publizistin Meves, seit 1978 Mitherausgeberin des konservativen „Rheinischen Merkur“, ist unlängst von Papst Benedikt XVI. mit dem „Gregorius-Orden“ ausgezeichnet worden, den sie am 20. November von Kardinal Joachim Meisner überreicht bekam. *hma* ■

Schöner Leben ohne Nazis

Aschaffenburg. Die rechtsextreme Szene in Unterfranken fühlt sich im Aufwind. Neue und alte Strukturen konnten auf- und ausgebaut werden. In der Gabelsberger Straße in Aschaffenburg eröffnete der NPD-Funktionär Oliver Merget aus Mainaschaff die Kneipe „Zum Wikinger“. Die Kneipe dient als Anlaufpunkt für Neonazis aus der gesamten Region. Weiterhin bieten das Ladengeschäft „Old School Shop“ in Mespelbrunn und der Internetversand „Last Resort Store“ aus Bessenbach ihren neonazistischen Lifestyle an, berichten antifaschistische Gruppen aus Unterfranken. Diesen Entwicklungen gilt es vielfältig und entschlossen entgegenzutreten meint die Kampagne „Schöner Leben ohne Nazis“ des Bündnisses antifaschistischer Gruppen in Süd-Hessen, die auch in Miltenberg und Umgebung mit verschiedenen Aktionen aktiv ist. Die nächste Station der Kampagne ist die Demonstration unter dem gleichnamigen Motto am 3.12.05 in Aschaffenburg.

Die Proteste richten sich insbesondere gegen die im Sommer 2005 eröffnete Kneipe „zum Wikinger“ des NPD-Funktionärs Oliver Merget. Nachdem die regionale Presse über die Hintergründe der Kneipe berichtete und vermehrt Flugzettel, die sich inhaltlich mit der Kneipe auseinandersetzen, verteilt wurden, gehen die Nazis in die Offensive. Am Vorabend sowie am Tag der Demonstration ruft Merget zu einer „Walhalla-Party“ auf. Es ist daher damit zu rechnen, dass sich am Tag der Demonstration viele Nazis in Aschaffenburg aufhalten. Da sich in letzter Zeit Beschwerden und Übergriffe im Zusammenhang mit der Kneipe vermehren, hat die Debatte nun auch Einzug in den Aschaffenburger Stadtrat gehalten. Das örtliche „Bündnis gegen Rechts Aschaffenburg“, das sich aus einem breiten Spektrum linker und demokratischer Gruppen zusammensetzt, schätzt derzeit die Chancen auf Schließung der Kneipe als sehr hoch ein. Die Demonstration beginnt am 3.12.2005 am Busbahnhof, Hauptbahnhof.

Bündnis gegen rechts Aschaffenburg ■

Demo gegen NPD-Zentrale

Dresden. Am 12. November demonstrierten in Dresden gut 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die NPD-Zentrale im dortigen Lockwitzgrund. Phantasievolle und in der Aussage eindeutige Transparente umrahmten den lautstarken Demo-Zug, der sich kurz nach 13 Uhr am Einkaufspark Nickern in Bewegung setzte. Ziel war die im - durchaus idyllisch gelegenen - Lockwitztal befindliche und dort relativ neu ansässige sächsische NPD-Zentrale. Im Vorfeld waren der dortigen Anwohnerschaft die Demo und deren politische Hintergründe via Flugblätter in die hauseigenen Briefkästen angekündigt worden.

Ein mittelgroßes Polizeiaufgebot begleitete die Antifa-Demo, durchaus zurück haltend, wie zu beobachten war. Allein einige spontane 8-7-6-5-4-3-2-1-Sprint-Einlagen der Demo überraschten die Polizeikräfte hin und wieder – ebenso wie zwei Jung-Nazis, die einer solchen ‚Einlage‘ nur mit knapper Mühe entkommen konnten. Ansonsten waren während der Demo keine Nazis zu sehen. Die NPD-Zentrale im Dresdner Lockwitzgrund machte einen verbarrikatierten und verlassenen Eindruck, nach außen hin jedenfalls. Dafür wurden zum wiederholten Mal die Anwohner-Briefkästen mit Infomaterial gefüttert – wie ebenso die am Wegesrand die Demo verfolgenden Menschen und nicht zu vergessen natürlich die gestauten Autoinsassen.

Obwohl während der Demo bekannt wurde, dass Nazis sich im näheren Stadtgebiet rudelweise zusammenrotteten, kam es während der gesamten Antifa-Demo zu keinerlei Behelligungen durch eventuell umherschweifende Nazi-Grüppchen. Abgesehen davon machte

die Antifa-Demo einen durchaus entschlossenen und geschlossenen Eindruck – und erreichte zudem eine durchaus erfolgreiche Außenwirkung auf die am Demo-Rand staunende bürgerliche Bevölkerung. „Nö – das sind keine Nazis, die demonstrieren gegen das NPD-Haus vom Apfel im Lockwitzgrund ...“

Resümierend kann zu diesem Zeitpunkt jedenfalls konstatiert werden: JA, diese Antifa-Demo war ein Erfolg. Gut vorbereitet & organisiert, gut mobilisiert, gut begleitet & geschützt (verstohlen zurückhaltender Dank diesbezüglich an ART Dresden & uns selbst) – eine Demo, die regelrecht nach erfolgreicher Wiederholung lechzt.

S.A.R.G. Dresden ■

Wieder Faschisten an der Blauen Kappe

AUGSBURG. Auch in diesem Jahr fand an der Blauen Kappe in Augsburg am „Volkstrauertag“ – früher: „Heldengedenktag“ – eine unersprießliche Feier statt. Unschön war sie in diesem Jahr, weil – nach einem Bericht eines Antifa-Teilnehmers – ca. 30 FaschistInnen sich um einen Kranz der DVU gruppieren konnten. Zwar hatten sich am 13.11.05 AntifaschistInnen aus VVN-BdA und Antifa Augsburg dort versammelt (ca. 20) – es geht ja auch um die im Kampf gegen den Faschismus Gefallenen und die Opfer des Naziterrors – darauf wurde mit Transparenten hingewiesen. Aber der Auftritt der FaschistInnen konnte 2005 nicht verhindert werden. Sie standen dort immerhin neben den Vertretern der Stadt Augsburg, Parteienvertretern, der Marinekameradschaft und einer Bundeswehrabordnung. Im Rahmen der offiziellen Zeremonie konnten sie nach dem OB Wengert und anderen dort auch ihren Kranz ablegen.

Berichten zufolge hat die Zahl der Rechten bei dieser Aktion von Jahr zu Jahr zugenommen – die der AntifaschistInnen leider nicht. Es kann sein, dass das eine Folge von nicht genug Koordination und Mobilisierung im Vorfeld ist. Sicher ist aber auch, dass seitens einiger Sozialdemokraten bisher nichts, oder mindestens nichts öffentlich, gegen das Auftreten der FaschistInnen getan wurde. Knapp 14 Tage zuvor hatten Vertreter von IG Metall- und vom SPD-Vorstand bei der Gedenkfeier der VVN-BdA am Westfriedhof dem Aufruf „Wehret den Anfängen“ zugestimmt. Und: Der Vorsitzende der Augsburger Marinekameradschaft ist ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und Altstadtrat der SPD.

Die örtlichen AntifaschistInnen können sich jedenfalls besser vorbereiten. In dem Zusammenhang erscheint folgender Hinweis wichtig: Als am 25. Februar 2005 die FaschistInnen am Martin-Luther-Platz eine Mahnwache anlässlich



der Wiederkehr der „Augsburger Bombennacht“ durchführen wollten und sie dabei von Gegnern und auch massivem Polizeieinsatz heftig behindert wurden, sagte ihr Redner, dass sie sich 2006 nicht noch einmal einkesseln lassen wollen und deshalb eine große Demonstration anmelden werden.

F/jol ■

Irving verhaftet

WIEN. Der britische Holocaust-Leugner David Irving wurde laut einer aktuellen Meldung auf seiner Homepage am 11. November in Österreich verhaftet. Die Behörden exekutierten damit einen 1989 wegen wiederholter Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz ausgestellten Haftbefehl. Eingeladen hätten ihn „couragierte Studenten“, wobei aus einem Link unter dieser Meldung hervorgeht, dass es sich bei diesen um die berüchtigte Burschenschaft Olympia handelt. Tatsächlich begingen die „Olympen“ zwischen 11. und 13. November ihr „Stiftungsfest“, bei welchem Irving offenbar hätte auftreten sollen. Schon in der Vergangenheit traten zahlreiche neonazistische Aktivisten bei der Olympia, die auch FPÖ-Politiker zu ihren Mitgliedern zählt, auf.

www.doew.at ■

Germar Rudolf festgenommen

FRANKFURT. Der Revisionist Germar Rudolf ist auf dem Frankfurter Flughafen nach seiner Abschiebung aus den USA festgenommen worden. Der 41-Jährige hatte sich 1995 nach einer Verurteilung direkt in die USA abgesetzt. Er soll nun die vor zehn Jahren verhängte Strafe von 14 Monaten wegen Aufstachelung zum Rassenhass absitzen. Rudolf hatte in einem Gutachten behauptet, dass in den Gaskammern von Auschwitz nie das Giftgas Zyklon B eingesetzt worden sei. Er hatte in den USA gute Kontakte zu Ernst Zündel unterhalten, der 2001 aus Kanada in die USA umgezogen war.

Seit 2004 lag ein weiterer Haftbefehl gegen ihn vor, den die Staatsanwaltschaft Mannheim angestrengt hatte. Sie wirft ihm die Verbreitung rechtsextremer Propaganda über das Internet vor.

Nach der Verhaftung Zündels, dessen Prozess vor dem Mannheimer Landgericht zurzeit ausgesetzt ist, weil die Pflichtverteidigerin in ihren Einlassungen selbst holocaustleugnende Ausführungen machte und deshalb vom Gericht für die Verteidigung abgelehnt wurde, sowie der Verhaftung Irvings in Österreich ist damit ein weiterer weltweit agierender Holocaustleugner festgenommen worden.

nach Presseberichten ■

Naziaktivitäten in Vechta nehmen zu

VECHTA. Im Zuge des Volkstrauertages trafen sich am 13.11. ca. 30 Neonazis, um am Schlageterdenkmal am Kreuzberg (zwischen Lohne und Vechta) einen Fackelmarsch durchzuführen und der gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken. Teilnehmer waren Personen des „Nationalen Widerstandes Osnabrücker Land“, der neu gegründeten „Freien Nationalen Vechtas“ sowie Rechtsextremisten aus Damme.

Am Samstag, den 19.11. trafen sich in Vechta in der „Bremmer Gaststätte“ ca. 50 Nazis. Anwesend waren unter anderem Markus Pohl, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Münster, sowie der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Steinfurt, Matthias Pohl. Des weiteren waren Teilnehmer aus Dortmund, Herford, Osnabrück, Hamburg, Bremen und Oberhausen vor Ort. Spekulativ lässt sich zu dem Schluss kommen, dass die ursprünglich am selben Tag in Syke geplante Veranstaltung, zu der auch der einschlägig vorbestrafte Neonazianwalt Host Mahler eingeladen war,
kurzfristig nach Vechta verlegt wurde. Die Polizei ließ die Rechtsextremisten gewähren und verteilte wahllos Platzverweise gegen PassantInnen. Im Laufe des Abends ist es zu mindestens einer Körperverletzung durch die Nazis gekommen.

Martina de Brinkmeyer, Sprecherin der Gruppe „Linkes Vechta“: „Diese Veranstaltung steht im Kontext der Aktivitäten einer immer größer werdenden und sich stärker organisierenden, rectsextremen Szene in Vechta und Umland. Wir rufen alle BürgerInnen dazu auf, den Nazis immer entgegenzutreten. Dieses Treffen in Vechta ist kein Einzelfall. In der näheren Vergangenheit gab es mehrere Zusammenkünfte regionaler Nazis in der Stadt.“

antifa-vechta@web.de ■

Neonazi im AStA der Universität Köln

KÖLN. „In den Reihen des Allgemeinen StudentInnenausschusses (AStA) der Universität Köln arbeitet ein Neonazi: Thomas Hartenfels, Mitglied des CDU/

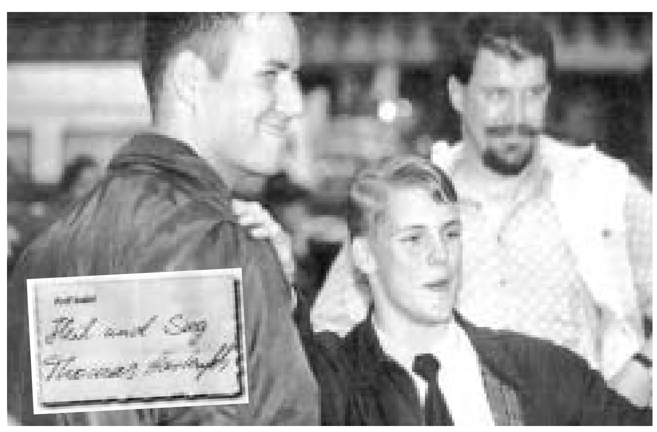
→

CSU-Hochschulverbandes „Ring christlich-demokratischer Studenten“ (RCDS) ist Projektleiter im Öffentlichkeitsreferat des AStA.“ Diese Information veröffentlichte in der vergangenen Woche die Alternative Liste im Vorfeld der Wahlen zum Studierenden-Parlament. Hartenfels ist inzwischen zurückgetreten. Zunächst stellte sich die CDU hinter Hartenfels, der auch Kreisvorsitzender der Jungen Union im Rhein.-Berg. Kreis ist und für die CDU im Rösrather Stadtrat sitzt. Nur weil jemand in seiner Jugend Mist gebaut habe, könne man ihn jetzt nicht belangen, so der Rösrather CDU-Fraktionsvorsitzende Erhard Füsser gegenüber dem „Kölner Stadtanzeiger“. Inzwischen ist Hartenfels aber auch als Junge Unionsvorsitzender zurückgetreten und wird wohl auch sein Mandat zurückgeben. Die AL hatte aufgelistet:

„Thomas Hartenfels

- arbeitet für die rechtslastige Nachrichtenagentur Inter-Info,
- schreibt Artikel für die rechtsextreme Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“,
- schrieb einen lobenden Leserbrief an das älteste deutsche Nazi-Blatt „Nation & Europa“ – zu einem Zeitpunkt, als diese Zeitschrift nur ausgewählten AbonnentInnen zugänglich war,
- gehört zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“. Damals zog er aufgrund massiven Drucks (u.a. durch die Jusos und Jungen Liberalen in Rösrath sowie durch CDU-MdB Wolfgang Bosbach) seine Unterschrift offiziell zurück.
- marschierte mindestens auf einer Neonazi-Demonstration der faschistischen „Freien Kameradschaften“.

Die Fotos, die der Stadtanzeiger dazu am 24. und 26./27 11. veröffentlichte sind eindeutig, da ist Hartenfels in trauter Eintracht mit Axel Reitz von der Kameradschaft Köln und Manfred Rouhs und Bernhard Schöppe von Pro Köln zu sehen. Auf ihrer Website verurteilte Pro Köln auch sofort die „Kampagne“ gegen Hartenfels. Man hoffe ins Gespräch zu kommen. Er kenne Hartenfels vom Pressefest seines rechtsextremistischen Magazins „nation24.de“, schreibt Rouhs. Als „überzeugter Verfechter des Grundgesetzes“ solle sich der junge Mann jetzt „nicht verbiegen lassen“. Die „Schützenhilfe“ solcher Freunde wird Hartenfels nicht gefreut haben, wird damit doch eher deutlicher, wie eng seine Verbindungen ins rechtsextreme Milieu schon waren. *u.b.* ■



Thomas Hartenfels (links), Neonazi Axel Reitz und der Pro-Köln-Ratsherr Bernd Schöppe im Herbst 1999 sowie Brief an Thomas Brehl (KDS)

16 Tatverdächtige der „Kameradschaft Westerwald“ vor Gericht

KOBLENZ. Weil sie ein „weißes Deutschland“ und einen neuen NS-Staat schaffen wollten, hat die Staatsanwaltschaft Koblenz 16 mutmaßliche Mitglieder der rechtsextremistischen „Kameradschaft Westerwald“ angeklagt. Den Angeklagten wird unter anderem die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. 14 Beschuldigte müssen sich zudem wegen schweren Landfriedensbruchs, Nötigung und versuchten gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr verantworten. Von den 16 Tatverdächtigen im Alter zwischen 17 und 48 Jahren sitzen sechs in Untersuchungshaft. Bei neun weiteren ist der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Als Anführer der Kameradschaft gilt ein 28-Jähriger aus dem Westerwaldkreis.

Der Prozess gegen die Gruppierung beginnt am 21.11. nach Aussagen der Staatsanwaltschaft soll sich die „Kameradschaft Westerwald“ ab Mitte 2002 in eine kriminelle Vereinigung verwandelt haben. Nachdem die Gruppierung zunächst mit Flugblattaktionen und bei Demonstrationen hervortrat, soll sie ab Herbst 2004 auch Gewaltaktionen gegen Angehörige des linken Spektrums geplant haben.

14 der Angeklagten sollen am 29. Januar 2005 Besucher eines Popkonzertes im Westerwaldort Daaden mit Schlagstöcken und Baseballschlägern überfallen haben. Die Opfer seien von den Beschuldigten der linken Szene zugeordnet worden. Nach Darstellung der Ermittler blockierten die Rechtsextremisten die Zufahrtstraße mit Baumstämmen, Nägeln und Nagelgurten. Als ein mit vier Menschen besetzter Wagen an der Straßensperre angehalten habe, hätten die Täter an dem Fahrzeug Scheiben und Scheinwerfer zerschlagen. Der Fahrer habe dennoch mit dem Fahrzeug flüchten können. Eine weitere Besucherin des Konzerts sei angehalten und mit dem Tod bedroht worden.

Einzelnen Tatverdächtigen wirft die Staatsanwaltschaft darüber hinaus Volksverhetzung, Brandstiftung, Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie die Verwendung von Nazi-Kennzeichen vor. Da bei einem der Beschuldigten Schwarzpulver gefunden wurde, müsse sich dieser zudem wegen Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz verantworten.

VVN RP, Antifa-Info 26/2005 ■

Über 6000 rassistische Zwischenfälle in Deutschland

BRÜSSEL. Die 25 Staaten der EU bemühten sich nicht ausreichend um die Eindämmung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, kritisierte die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in einem jetzt in Brüssel vorgelegten Bericht. Die meisten rassistischen Übergriffe gibt es dem Bericht zufolge in Großbritannien: Dort gingen bei den Polizeibehörden 52.694 Meldungen ein. An zweiter Stelle liegt Deutschland mit 6474 Meldungen vor Frankreich mit 1565 fremdenfeindlichen Übergriffen und Drohungen.

Am meisten von Diskriminierung betroffen seien die acht Millionen Roma in Europa, berichtete die in Wien ansässige EUMC weiter. Auf sie folgen muslimische Gruppen und Wanderarbeiter aus Afrika, dem Nahen Osten, Asien und Lateinamerika. Besonders kritisiert wurde Diskriminierung bei der Einstellung von Arbeitnehmern in Frankreich, Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien.

Die EU müsse „den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Priorität machen“, um eine starke Basis für positive Diskussionen über Vielfalt und Gleichberechtigung zu schaffen, forderte die 1997 gegründete EUMC. „Der Bericht zeigt deutlich, dass noch viel Arbeit vor uns liegt“, sagte EUMC-Leiterin Anastasia Crickley. Einige Länder setzten dem Bericht zufolge Anti-Rassismus-Gesetze zu langsam um, andere verabschiedeten Regelungen, die die Rechte von Minderheiten beschränken.

Quelle: Financial Times 23.11.05 ■

Nazi-Kameradschaftsführer: Wir haben erst Frieden, wenn die ganze Welt nationalsozialistisch ist

DORTMUND. Der Kameradschafts- und Neonaziführer Siegfried Borchardt aus Dortmund hat am 3. September 2005 bei einem Aufmarsch seiner Bande eine Rede zum Thema „Nie wieder Krieg“ gehalten und am 7. 9. veröffentlicht. Eingedenk der Tatsache, dass Polizei und Justiz in NRW allenfalls an den Hauptlosungen der Nazis Anstoß nehmen, wählen diese nun immer harmlos klingende Slogans – es ist demnächst mit „Für

schöneres Wetter“ und „Für das Gerechte und gegen das Schlechte“ zu rechnen. Am 3. September also „Nie wieder Krieg“. Borchardt fügte sofort in seiner Rede hinzu „... nach unserm Sieg“. Aber auch das störte die Polizei nicht. Kriegshetze wird ja sogar von deutschen Regierenden betrieben, warum soll man das den Nazis nicht durchgehen lassen?

Doch Borchardt trieb es noch doller und blieb unbehelligt. Frieden auf der Welt werde es nur nach einem Sieg des Nationalsozialismus weltweit geben. Die Demokratie nannte er „Umerziehung“. Jedes Volk soll sich in seine „angestammt Heimat“ begeben. In Europa soll es eine Art Apartheid geben, die „binationale Koexistenz“ heißt. „Selbstmord“ wäre es jedoch, unser Land mit Kenia oder Anatolien zu teilen. Wenn nun alle Völker und Länder nationalsozialistisch würden, was geschieht dann mit dem jüdischen, dem „auserwählten“ Volk, fragen sich natürlich die Borchardt-Fans. Borchardt will es ins Jenseits befördern, denn ihm gehöre doch „das Himmelreich“. Wie Goebbels nannte er den Krieg der Nazis mit seinen 55 Millionen Toten einen „uns aufgezwungenen“ Krieg. Erst nach „unserm Sieg“ wird es „nie wieder Krieg“ geben.

Die Rede des Borchardt, wie er sie ins Internet stellen ließ, findet sich auf der Seite des sog. „FreienWiderstands“.

Und hier die Antwort der Staatsanwaltschaft Dortmund:Betr. Ermittlungsverfahren gegen Siegfried Roland Borchardt wegen des Verdachts der Volksverhetzung u.a. – Ihre E-Mail vom 21.9. 2005 – Geschäftsnr. 155 Js 412/05:

„Sehr geehrter Herr S., ich habe die von Ihnen per E-Mail gesandte Rede des Siegfried Borchardt vom 7.9. 2005 überprüft, jedoch keine genügenden Anhaltspunkte eines strafrechtlich relevanten Inhalts feststellen können. Insbesondere erfüllt der Inhalt der Rede noch nicht den Tatbestand der Volksverhetzung gem. § 130 StGB. Inhaltlich wird in der Rede noch nicht zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert. Auch wird inhaltlich noch nicht die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen, dass Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden. Mangels zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte habe ich das Verfahren daher gem. den §§ 170 Abs. 2, 152 Abs. 2 stopp eingestellt. Hochachtungsvoll (Tersteegen) Staatsanwältin.“

Da wird nur die Aufrichtung des NS-Regimes nicht nur in Deutschland, sondern überall betrieben – doch die Staatsanwaltschaft Dortmund ist „noch nicht“ zum Handeln bereit.

Ulrich Sander,
Sprecher der VVN-BdA NRW,
vvn-bdanrw@freenet.de ■

Treffen der Euro-Rechten in Wien

WIEN. Zwischen dem 11. und 13. November fand in Wien auf Einladung der FPÖ-Akademie ein Treffen zwischen namhaften freiheitlichen Spitzenfunktionären und Vertretern von rechtsextremen und neofaschistischen Parteien aus sechs europäischen Ländern statt. Die FPÖ war vertreten durch ihren Obmann Heinz Christian Strache, den Abgeordneten zum Europäischen Parlament Andreas Mölzer und den Präsidenten der Freiheitlichen Akademie, Volksanwalt Ewald Stadler. Diskutiert wurde über die Zukunft Europas und eine mögliche Kooperation der extremen Rechten in Europa. Am Ende dieses Treffens wurde ein von Mölzer verfasstes Papier, die so genannte „Wiener Erklärung“, verabschiedet. Darin wird u.a. die „Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten“, eine „pro-nationalistische Familienpolitik, die Förderung des Kinderreichtums der europäischen Völker in der traditionellen Familie“, der „solidarische Kampf der europäischen Völker gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung“ und ein „sofortiger Einwanderungsstopp in allen Staaten der Europäischen Union auch im Bereich des so genannten Familienzuzugs“ gefordert. Laut Mölzer soll darüber hinaus 2007 eine gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien im EU-Parlament geschaffen werden. Weil sich die rechtspopulistischen und rechtskonservativen Parteien bis dato weigerten, mit dem Front National, dem Vlaams Belang, italienischen NeofaschistInnen und der FPÖ zusammen zu gehen, hofft der ansonsten gar nicht so erweiterungsfreudige freiheitliche Europaparlamentarier auf gleich gesinnte Abgeordnete aus Bulgarien und Rumänien, um endlich Fraktionsstärke erreichen zu können.

Neben der FPÖ waren Vertreter folgender Parteien und Organisationen bei diesem Treffen anwesend:

● Der belgische Vlaams Belang, die Nachfolgeorganisation des im Jahre 2004 aufgrund anhaltender Verstöße gegen das belgische Anti-Rassismusgesetz behördlich aufgelösten Vlaams Blok (VB). (...) “

● Der französische Front National (FN). Mehrere seiner führenden Funktionäre waren in den letzten Jahren wiederholt durch NS-verharmlosende Aussagen in das Rampenlicht gerückt. So stellte z. B. der stellvertretende Parteivorsitzende Bruno Gollnisch, der beim Treffen in Wien anwesend war, bei einer Pressekonferenz am 11. Oktober 2004 in Bezug auf den Holocaust fest: „Nicht ein einziger seriöser Historiker verteidigt mehr hundertprozentig die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses. Ich bestreite nicht, dass Konzentrationslager existiert haben, aber die Zahl der Toten betreffend gäbe es Diskussionsstoff für die Historiker. Und hinsichtlich der Existenz von Gaskammern liegt es an den Historikern, sie festzustellen.“

● Ebenfalls nach Wien angereist war Alessandra Mussolini von der Azione Sociale, einem Parteienbündnis, das sich aus drei neofaschistischen Organisationen zusammensetzt: Movimento Sociale – Fiamma Tricolore (MSFT), Forza Nuovo (FN) und Fronte Sociale Nazionale (FSN). Mussolini betonte in einem Interview mit der Schweizer Weltwoche (25/2005), dass ihr Großvater (der italienische Faschistenführer Benito Mussolini) ihr großes politisches Vorbild sei. Der 1995 vom offen neofaschistischen Flügel des damaligen MSI gegründete MSFT war in Wien durch seinen Parteisekretär Luca Romagnoli vertreten.

● Aus Rumänien konnten die Freiheitlichen Petre Popeanga, den stellvertretenden Vorsitzenden der rechtsextremen Großrumänienpartei (PRM), begrüßen. Angeführt wird die PRM von Corneliu V. Tudor, vormals Haus- und Hofdichter Ceausescus. Tudor bestritt seine Wahlkämpfe mit wüster Hetze gegen Roma/Sinti und die ungarische Minderheit: „Zigeunerbanden“ will er kurzerhand „liquidieren“, die ungarische Partei UDMR verbieten lassen. Seinen Antisemitismus zwang er auch in Reimform: „Rabbi, Rabbi, mit deinem lockigem Bart/mit deinem Haar voller Schuppen/Rabbi, Rabbi, du alter Gaul/du alter weichhirniger Mann in Lumpen/du spuckst auf die heiligen Dinge Rumäniens/Rabbi, Rabbi, du hast uns an die Ungarn und an die Russen verkauft“. (...) Anfang Juni 2002 feierte die PRM den 120. Geburtstag des faschistischen Diktators und Nazi-Kollaborateurs Ion Antonescu. Heute vermeidet die PRM allzu offene Anklänge an den rumänischen Faschismus und seine historischen Führer. Tudor selbst distanziert sich mittlerweile von seinem Antisemitismus und der entsprechenden Hetze im Parteiblatt.

● Auch Volen Siderov, Vorsitzender der bulgarischen Partei Ataka, folgte der Einladung der FPÖ-Akademie. Der Journalist trat als Autor von Büchern über eine „globale Verschwörung der Juden“ in Erscheinung. Seinen Antisemitismus verbindet Siderov mit wüster Hetze gegen die türkische Minderheit und Roma/Sinti.

● Über die Alternativa Espanola (AES), die ihren Vorsitzenden Rafael Lopez nach Wien entsandte, schreibt Nation & Europa (1/2005), sie würde sich selbst „in der franquistischen Tradition“ verorten.

Neues von ganz recht,
www.doew.at ■

60 Jahre nach Nürnberg

oder was machen die einstigen Kriegsverbrecher eigentlich heute so?

Die Generation der oberfehlenden Wehrmachtsoffiziere dürfte inzwischen verstorben sein, doch die niedrigeren Offiziersgrade und die kämpfenden Verbände waren jünger. Einige der NS-Täter leben noch und manche erfreuen sich bester Gesundheit, wie der an Kriegsverbrechen in Italien Beteiligte ehemalige Angehörige der SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS“ Gerhard Sommer.

Vor 60 Jahren, am 20. November 1945, begann der Prozess gegen 24 führende Repräsentanten des „1000-jährigen Reiches“. Die Anklage lautete auf Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. Auf der Anklagebank saßen hochrangige Funktionsträger des NS-Staates, darunter die Reichsminister für Bewaffnung, Wirtschaft, Inneres und Äußeres und die Angehörigen der Obersten Heeresleitung. In dem als „Nürnberger Prozess“ bekannt gewordenen Verfahren schilderten die alliierten Ankläger detailliert Kriegsverbrechen und Massenmorde wie die Geiselerschießungen in Oradour-sur-Glane oder das Vernichtungsprogramm in den Todeslagern von Majdanek und Auschwitz. In der Regel leugneten die Angeklagten die ihnen vorgehaltenen Verbrechen nicht, wollten davon aber nichts gewusst – und stets mit den besten Absichten gehandelt haben: Die Generale hatten nichts anderes als Befehle umgesetzt; die Politiker hatten für das Vaterland gearbeitet, und die Finanzleute waren lediglich mit Geschäften befasst. Auf die vom Vorsitzenden Richter abschließend gestellte Frage, ob sich die Beschuldigten im Sinne der Anklage schuldig bekennen, antworteten alle „Nicht schuldig“.

Noch deutlicher wurde der ehemalige Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht: „Ich verstehe überhaupt nicht, warum ich angeklagt bin.“ Ähnlich auch der Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, Wilhelm Keitel: „Für einen Soldaten sind Befehle: Befehle.“ Und Joachim von Ribbentrop, Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten, Mitglied des politischen Stabes des Führers im Hauptquartier und General der SS meinte: „Die Anklage richtet sich gegen die verkehrten Leute.“

Mit der Urteilsverkündung am 11. April 1949 ging der letzte der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zu Ende. Die genannten Wehrmachtsgeneräle Ribbentrop und Keitel ereilte bereits im Hauptkriegsverbrecherverfahren die verdiente Todesstrafe – wobei der eingangs erwähnte Generalbevollmächtigte für die Kriegswirtschaft, Hjalmar Schacht, mit einem Freispruch davon kam. Zudem wurden die Gestapo und die NSDAP-Gliederungen als verbrecherische Organisationen verboten, und zuletzt stellte der Nürnberger Prozess den Versuch dar, den internationalen Beziehungen friedlichere Standards einzuschreiben. Doch die guten Absichten allein, wie feierlich sie auch verkündet werden, konnten die unterlassenen Konsequenzen nicht ersetzen.

Der „Unfähigkeit zu trauern“, wie Alexander und Margarete Mitscherlich die gesellschaftliche Verdrängung nannten, wurde mit der Bagatellisierung der Strafverfolgung für NS-Verbrechen Vorschub geleistet und die lange Liste der Versäumnisse begann bereits mit den Urteilen in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Ausgesprochen wurden – einschließlich der 12 Nachfolgeprozesse gegen Wehrmacht, Funktionseliten und Berufsgruppen wie der NS-Ärzteschaft oder der Juristen – 36 Todesurteile (davon 24 vollstreckt), 23 Mal lebenslängliche Haft sowie 102 befristete Freiheitsstrafen. Letztere fielen unter den Gnadenerlass des US-Hochkommissars McCloy und die Betroffenen wurden am 1. Februar 1951 aus der Haft entlassen. Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Verfahren vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu eröffnen, fiel dem Kalten Krieg, der Westbindung und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zum Opfer. Die bundesdeutsche Justiz, an welche die weiteren Ermittlungen abgetreten wurden, sabotierte ihre erste und vornehmste Aufgabe. Allein die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main benötigte zehn geschlagene Jahre, bevor sie das Hauptverfahren im so genannten Auschwitzprozess eröffnete, um 1965 dann zu erklären, dass die Gerichte nur nachweisbare Verbrechen einzelner Täter verfolgen könne, die Beweisführung aber nach so langen Zeiträumen schwierig sei.

Auch im Jahr 2005 spricht man diesmal bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft von der „Schwierigkeit“, ausreichende Beweise für die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die am Massaker von Sant’Anna di Stazzema Beteiligten zusammen zu bekommen. Nun sind seit dem Massaker mehr als 60 Jahre vergangen, aber Fakt ist auch, dass den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden seit 1951 Vernehmungsprotokolle und Zeugenaussagen über das Massaker in St’ Anna im Zusammenhang eines in Italien geführten Prozesses vorliegen (1).

Dabei ist die Untätigkeit der Ermittlungsbehörden bei NS-Verfahren die Regel, und den Überlebenden und ihren Angehörigen in Marzabotto, Oradour oder Kragujevac erging es nicht besser! Überall waren Frauen, Kinder und alte Männer Opfer der Vergeltungsaktionen. Alle Massaker wurden mit besonderer Grausamkeit ➔

Stuttgarter Staatsanwaltschaft verzögert die strafrechtliche Verfolgung von NS-Kriegsverbrechen

Gerhard Sommer, einer der in Italien wegen des Massakers von Sant’Anna verurteilten Kriegsverbrecher, lebt seit Anfang des Jahres in einer Seniorenwohnanlage in Hamburg-Volksdorf. Sommer bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die Bewohner, Bewohnerinnen und Angestellten der Seniorenresidenz davon.



Nachdem in den vergangenen Monaten mehrfach Flugblätter verteilt worden waren, wurde am 26. November nachgelegt: 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Hamburger Randgemeinde und sorgten dort für Aufsehen und gleichermaßen für zustimmende wie empörte Reaktionen. In der Nacht zuvor waren Gedenktafeln an verschiedenen Stellen in der Einkaufspassage mit Schnellzement eingelassen worden. Und auch in den Redebeiträgen der Kundgebung wurde insbesondere auf die Empfindungen und Forderungen der überlebenden Opfer und Angehörigen abgestellt. So wurden am Zaun der Altenresidenz, in der Gerhard Sommer lebt, vier Tafeln mit den 394 namentlich ermittelten Opfern des Massakers niedergelegt und das folgende Grußwort verlesen: „Vor 60 Jahren wollte der Nazifaschismus im kleinen Dorf von Sant’ Anna di Stazzema eine Gemeinschaft zerstören, Alte, Frauen und Kinder, es wurde versucht die Existenz von Hunderten von Menschen auszulöschen, aber einige von ihnen leben immer noch, und sie werden nie vergessen. Der Verband der „Opfer von Sant’ Anna di Stazzema“ arbeitet, um die Erinnerung daran lebendig zu halten, was wirklich geschah, und um für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir bedanken uns von Herzen bei all den Leuten, die heute an der Demonstration in Hamburg teilnehmen, für die Solidarität mit unserem Kampf und wir hoffen, dass in Kürze auch in Deutschland der Prozess gegen die Mörder eröffnet wird, so wie er uns vom deutschen Staatsanwalt aus Stuttgart versprochen wurde.“ ■

Bordin organisiert B&H-Konzert – Polizei schaut weg

Am Samstag, 22.10.05 organisierte der NPD-Funktionär Norman Bordin („Kameradschaft München" und NPD-Vizebezirksvorsitzender Oberbayern) ein Neonazikonzert der verbotenen Gruppierung „Blood & Honour" in Mitterskirchen (Niederbayern) von ca. 300-400 TeilnehmerInnen.

Bei der zuständigen Behörde wurde das Konzert auf dem Gelände des ehemaligen „Gasthaus Wagner" in Mitterskirchen-Mitterschweib durch den Kirchdorfer Erich Kaiser offiziell als NPD-Veranstaltung angemeldet. Die anwesende Polizei will „keinerlei Vorkommnisse" bemerkt haben. „Vorkommnisse" gab es allerdings zahlreiche, wie ein am 13.11. ausgestrahlter Bericht von „Spiegel-TV" (RTL) nachwies. Bei dem Konzert traten die neonazistischen Bands „Spreegeschwader" (Berlin), „Act of Violence" (Laupheim), „Blutstahl", „SKD" (Thüringen) und „Burning Hate" auf. Es ist belegbar, dass hinter dem Konzert das international agierende gewalttätige Netzwerk „Blood and Honour" („Blut und Ehre") stand, das in der BRD seit September 2000 verboten ist. Spiegel-TV strahlte die Auffassung Bordins aus, dass das Konzert „B&H-Hintergrund" habe. Auch die einschlägige Symbolik („28", für die Buchstaben B&H) beispielsweise auf der Getränkekarte sowie die Anwesenheit von Mitgliedern von B&H Vorarlberg, bestätigen dies. Eines der gespielten Lieder war „For Blood & Honour". Darauf deutet auch die Bandauswahl hin: Die Berliner Band „Spreegeschwader" ist auf verschiedenen nationalen und internationalen Blood & Honour-CD-Samplern vertreten, so z.B. für Blood & Honour (B&H) Frankreich und B&H Brandenburg. Ihre neueste CD „Gefangen im System" wurde im Oktober 2004 indiziert. Gegen die Band wird wegen Volksverhetzung in ihren Liedern auf der CD „White Covers to Landser" ermittelt. Diese CD ist der Berliner Nazi-Band Landser gewidmet, deren Mitglieder das Kammergericht Berlin als kriminelle Vereinigung abgeurteilt hat. „Blutstahl" spielte im Mai 2005 auf einem skandinavischen B&H-Festival. Die Band „Act of Violence" um den Sänger Stefan Schneider aus Laupheim (Baden-Württemberg), die beim Konzert ihre neue CD („Veritas") vorstellte, bewies ihre Nähe zu „Blood & Honour" mit einem Auftritt am 26. Februar 2005 auf dem Blood & Honour-Festival im schwedischen Vara.

Auf der Homepage der internationalen B&H-Organisation wurde das Konzert von „Sturm-München" beworben. „Sturm München" ist der Nickname von Thomas Wittke (Kirchheim), „Anti-Antifa"-Möchtegern-Aktivist und Mitglied der „Kameradschaft München" und der „Jungen Nationaldemokraten".

Von den Augen der zahlreichen anwesenden Polizeikräften *in* der Halle wurden neben der eindeutigen B&H-Ausrichtung zahlreiche weitere Straftaten ignoriert: Das Abspielen verschiedener indizierter oder verbotener Lieder (Landser: „Polackentango"; Kraftschlag: „Trotz Verbot nicht tot"; „Volk ans Gewehr gegen Reemtsma und Heer" etc. etc.) zum Teil bei abgeschalteter Hallen-Beleuchtung (die Sänger wollten anonym bleiben). Am Mikrofon soll gar der Bau einer „U-Bahn bis nach Auschwitz" gefordert worden sein.

Entgegen der sonstigen konspirativen Vorgehensweise war dieses Konzert durch Mithilfe der NPD Eggenfelden als „Parteiveranstaltung" durch offizielle Anmeldung (Erich Kaiser, Mitglied des neonazistischen „Freizeitvereins Südbayern e. V.") abgesichert. Das Konzertgelände war von einem eingetragenen Verein in Mitterskirchen angemietet („Freizeitverein Südbayern e. V."). Alle Mitglieder des Vereins sind namentlich bekannt: ausschließlich neonazistische Aktivisten aus Niederbayern und Österreich sowie NPD-Funktionäre. Die Gemeinnützigkeit ist beantragt. Man wird sich allerdings nach einer neuen Lokalität umsehen müssen. Das „Gasthaus Wagner" wurde am 24.10. zum Mindestgebot von 194.000 Euro zwangsversteigert … Norman Bordin verlas beim Konzert die Auflagen und moderierte den Abend. *www.aida-archiv.de, (gekürzt)* ■

info@aida-archiv.de, www.aida-archiv.de

➛ und unter Beteiligung großer Kontingente und Befehlsketten von Wehrmachts- und SS-Angehörigen durchgeführt, und in allen Fällen blieben die verantwortlichen Befehlsgeber und die ausführenden Täter ungeschoren. Während man in Italien noch besondere Gründe anführen könnte – die belastenden Ermittlungsakten wurden im „Schrank der Schande" versteckt und waren aus Rücksichtnahme mit den einstigen Kriegsverbündeten und folgendem NATO-Partner verschollen – zeigt sich spätestens beim ehemaligen Kriegsgegner und späteren Verbündeten, Frankreich, dass die Versäumnisse System hatten.

Von den Hunderten an Kriegsverbrechen in Frankreich wurden 1980 bis zum heutigen Tag lediglich drei (2) Täter von deutschen Gerichten verurteilt; und das auch erst nach massiven Protesten in der französischen Öffentlichkeit. Höhere Vorgesetzte wie der SS- und Polizeiführer Oberg, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Knochen oder der Botschafter Albez – alle in Paris zum Tode verurteilt – waren bereits 1963 nach Intervention der Bundesregierung nach Deutschland entlassen worden. „Da die meisten Beschuldigten in der Bundesrepublik niemals vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, verschwand das Geschehen selbst aus dem öffentlichen Gedächtnis", resümierte Ahlrich Meyer, Historiker und internationaler Experte für deutsche Kriegsverbrechen in Frankreich in einer soeben erschienenen Veröffentlichung. (3)

Anhand der Auswertung mehrerer hundert Verhörprotokolle westdeutscher Staatsanwälte sieht Meyer ein „offensichtlich abgestimmtes Schema" am Werke, das er in etwa so beschreibt: Von der Vernichtung der Juden im Osten hätten die Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen erst nach Kriegsende aus der Presse erfahren. Nicht sie selbst, sondern andere Verstorbene oder Dienststellen hätten die Deportationen organisiert. Der Ausrede, „die in eklatantem Widerspruch zu den dokumentierten Fakten standen", folgten die Staatsanwaltschaften in der Regel mit der Einstellung der Verfahren. Zusätzlich finanzierte eine Behörde im Auswärtigen Amt Adenauer-Deutschlands, die „zentrale Rechtsschutzstelle", angeklagten Kriegsverbrechern Rechtsanwälte und recherchierte den Verbleib von Entlastungszeugen. Die eigens zur Entlastung von Kriegsverbrechern geschaffene Dienststelle unterstand dem Auswärtigen Amt und wurde, welch ein Zufall, von einem ehemaligen Mitarbeiter der Gruppe Justiz der NS-Militärverwaltung, Dr. Rudolf Thierfelder, geleitet.

Ohne die Geschichte systematisch hintertriebener Strafvereitelung für NS-Täter bleibt die Kampagne für die sofortige Anklageerhebung gegen Gerhard Sommer, Karl Gropler und die noch lebenden Tatbeteiligten im Jahre 2005 unverständlich. Hier muss, wie im Fall der Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter oder dem Holocaustmahnmal, (außen-)politischer Druck aufgebaut werden, wenn zu Lebzeiten der Überlebenden noch etwas passieren soll, zumal auch die Tatbeteiligten inzwischen hoch betagt sind. Appelle für Nachsicht und Vergebung klingen erst einmal gut und irgendwie menschlich, haben jedoch den entscheidenden Haken, dass den Überlebenden und ihren Angehörigen erneut und endgültig die öffentliche Anteilnahme und juristische Genugtuung versagt bleibt. *kun* ■

(1) Rolf Suhrmann: Justizieller Täterschutz in konkret: 08/2005 (2) Kurt Heiler: Tulle 1944: Auf den Spuren eines Deutschen Kriegsverbrechen in antifa - Magazin für antifaschistische Politik und Kultur November/Dezember 2005 (3) Ahlrich Meyer: Täter im Verhör. Die „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich 1942 - 1944, Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, Darmstadt, 2005, Euro 79.-



FARE-Actionweek gegen Rassismus

Zum DFB-Pokalspiel TSV 1860 - MSV Duisburg am 26.10.05 in der Allianz-arena präsentierte der Verein im Rahmen der FARE-Actionweek gegen Rassismus in Europas Fußballstadien eine Aktion der Faninitiative Löwen-Fans-Gegen-Rechts und des Fanprojekts München

Die unabhängige Faninitiative Löwen-Fans-Gegen-Rechts (LFGR), hat durch finanzielle Unterstützung von FARE die Möglichkeit bekommen, anlässlich der FARE-Actionweek eine Aktion im Stadion durchzuführen. In Zusammenarbeit mit dem Fanprojekt München, das diesen Monat sein 10-jähriges Bestehen feiert, wurde ein Transparent angefertigt: „AUCH BEI UNS IM STADION: ROTE KARTE DEM RASSISMUS". Wie es sich für echte Löwenfans gehört, wurde das Wort ROT in der Farbe blau gepinselt. Die LFGR und das Fanprojekt sind zunächst den normalen „Dienstweg" gegangen und haben sich an den Ansprechpartner für die Fans im Verein gewendet. Dort stießen sie zwar nicht auf taube Ohren, doch kam es nicht zu den gewünschten Gesprächen.

Da haben die LFGR selbst das Zepter in die Hand genommen und direkt beim Verein angerufen: „Guten Tag, ich hätte gerne den Verantwortlichen für die Anzeigentafel und Aktionen auf dem Rasen in der Allianzarena gesprochen." So einfach kann es auch gehen, denn die engagierten Leute von der Marketingabteilung waren schnell von der Idee der Faninitiative begeistert und alle nötigen Schritte wurden unternommen, um den LFGR und dem Fanprojekt München das „OK" zu geben: Vor dem DFB-Spiel gegen Duisburg wird das FARE-Logo auf der Anzeigentafel erscheinen, die Jugend des TSV wird das Transparent in die Kurve tragen und der Stadionsprecher Stefan Schneider wird über die Aktionswoche von FARE berichten.

Dies ist ein großer Erfolg für die Faninitiative der LFGR, die sich seit vielen Jahren stark macht für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit im und um das Stadion. Die LFGR waren es auch, die die Ausstellung „Tatort Stadion" bereits 2002 nach München holten.

Für diese Arbeit wurden die LFGR vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt" der Bundesregierung Anfang 2003 mit einem Preis ausgezeichnet. Diese Ausstellung wird übrigens zur Fußball-WM wieder in München zu sehen sein.

Ulla Haiduk, im Namen der Löwen-Fans-Gegen-Rechts ■

„Wir möchten den Fußball ohne die „Krankheit" des Rassismus erleben. Fußball ist die populärste Sportart der Welt und gehört uns allen. Jede/r hat das Recht, Fußball zu spielen und zu sehen sowie frei darüber zu reden, ohne Angst haben zu müssen ... Über den Fußball kämpft FARE gegen jegliche Art von Diskriminierung im Fußball: ob im Stadion, auf dem Spielfeld, in den Umkleidekabinen, auf dem Trainingsplatz, im Büro oder im Klassenzimmer; ob durch Fans, Spieler, Trainer, Funktionäre oder Erzieher. Daher wurde im Februar 1999 auf Anregung von Fangruppen aus verschiedenen Teilen Europas in Wien unter Teilnahme u.a. von Fußballverbänden sowie Spielergewerkschaften eine Konferenz abgehalten, mit dem Ziel, eine gemeinsame Strategie sowie ein Grundsatzprogramm gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu entwickeln. Daraus entstanden sowohl die Organisation „Football Against Racism in Europe" (FARE) - ein Netzwerk von Gruppen aus 13 europäischen Ländern - als auch ein Aktionsplan." Quelle: www.farenet.org

Weitere Informationen: www.farenet.org, www.loewen-fans-gegen-rechts.com. www.tatort-stadion.de und www.aktive-fans.de. Kontakt:Ulla Haiduk mailto: uIla@factsoft.de





Frankreich nach den Unruhen

Hochkonjunktur für die Ethnisierung sozialer Konfliktursachen: Tabus stürzen ein

Die politische Atmosphäre nach den jüngsten Unruhen ist offenkundig günstig für die politische Rechte, um alle möglichen Vorhaben aus den Schubladen zu holen, von denen sie längst träumte. Exemplarisch kommt dies auf einem Titelblatt des konservativ-reaktionären Wochenmagazins „Valeurs actuelles“ vom 25. November zum Ausdruck. (Diese Zeitschrift, die vor allem Wirtschafts- und militärpolitische Themen behandelt, gehört dem Rüstungsfabrikanten und Medienmogul Serge Dassault. Laut einer Leserumfrage vom vorigen Jahr wählen 65 % ihrer Leser konservativ und weitere 25 % rechtsextrem.) Vor dem Bild einstürzender Plattenbauten, die vor einigen Jahren im Zuge einer „Stadterneuerungs“-operation gesprengt wurden, liest man die Überschrift „Die Tabus werden niedergeschlagen“. Die Unterüberschrift, die erklären soll, welche Tabus anvisiert sind, lautet: „Einwanderung... Familienzusammenführung... Automatische Einbürgerung der zweiten und dritten Generation... Sozialleistungen... (...)“ Die politisch moderate Boulevardzeitung „Le Parisien“ übertitelte ihrerseits, vor ähnlichem Hintergrund, ihre Sonntagsausgabe vom 20. November mit den Worten: „Frankreich wendet sich nach rechts“.

Tatsächlich wittert der aktive Teil der konservativen Rechten bei all diesen Themen nunmehr Morgenluft. So entbrannten ab Mitte November erneut Debatten über die alte Forderung, Eltern aus „sozial schwachen“ Familien die Kindergeld- und Sozialleistungen zu entziehen, wenn sie ihre Kinder nicht zu kontrollieren vermögen. Der Bürgermeister der Pariser Trabantenstadt Draveil, Georges Tron (Mitglied der konservativen Regierungspartei UMP), beschloss bereits, solchen Familien kommunale Sozialleistungen zu streichen, deren Zöglinge für eine Beteiligung an den Unruhen verurteilt wurden. Diese Familien verlieren damit etwa die Beihilfe zur Zahlung von teuren Stromrechnungen oder die Unterstützung für den Besuch der Schulkantine, wovon nicht nur die verurteilten „Randalierer“, sondern auch ihre Brüder und Schwestern betroffen sein werden. Nach Angaben des Rathauses von Draveil sollen rund 10 dort ansässige Familien von diesem Beschluss betroffen sein.

Ein konservativer Hinterbänkler (Jean-Paul Garaud) legte Mitte November im Parlament einen Gesetzesvorschlag vor, der Einwandererkindern aus der zweiten und dritten Generation ihre französische Staatsbürgerschaft entziehen soll, falls sie an den Riots teilgenommen haben. Nachträgliche Entzüge der französischen Staatsangehörigkeit existierten zuletzt unter dem Vichy-Regime. Juristisch dürfte dies freilich eher schwer durchsetzbar sein.

Mehrere bürgerliche Spitzenpolitiker trugen gleichzeitig erheblich zu einer Ethnisierung, ja rassistischen Verzerrung in der Wahrnehmung der jüngsten Riots und ihrer gesellschaftlichen Ursachen bei. So sprach der Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium, Gérard Larcher, am 16. November davon, die Polygamie afrikanischer Familien (eine „gesellschaftsschädliche, asoziale Lebensweise“) sei eine Hauptursache für die Verwahrlosung von deren Kindern, und letztere wiederum einer der maßgeblichen Gründe für die Straßenunruhen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der konservativen Regierungspartei UMP in der Nationalversammlung, Bernard Accoyer. Accoyer sprach sich am 16. November bei RTL dafür aus, die Bedingungen für den Familiennachzug von Einwandererfamilien „zu überdenken,“ d.h. zwecks Verschärfung auf den Prüfstand zu stellen.

Die Polygamie ist in Frankreich seit langem gesetzlich verboten, das Bestehen polygamer Familien wurde jedoch bis vor etwa 15 Jahren noch durch die französischen Behörden faktisch toleriert, solange die Eheschlüsse im Ausland vorgenommen worden waren (im Namen der Anerkennung ausländischen Rechts). In den letzten 15 bis 20 Jahren haben sich jedoch die französische Gesetzgebung und das Vorgehen der Behörden verändert, und es wird nicht weiterhin Toleranz in diesen Belangen geübt. Nunmehr geht man auf juristischer Ebene davon aus, dass entsprechende polygame Heiraten, auch wenn sie im Ausland vorgenommen wurden, gegen grundlegenden Bestimmungen französischen Rechts verstoben und daher keine Anerkennung finden können. Die Polygamie befindet sich auf dem Rückzug und soll nach Schätzungen noch circa 20.000 Familien (besonders schwarzafrikanischer Herkunft) betreffen. Sie dürfte kaum geeignet sein, auch nur ansatzweise eine Erklärung für die Banlieue-Problematik zu liefern. Es dürfte erheblich mehr gebürtige Franzosen weißer Hautfarbe geben, die juristisch mit einer Dame verheiratet sind und faktisch mehrere schwängern, als im klassischen Sinne polygam lebende Einwanderer. Die aktuelle Agitation bürgerlicher Spitzenpolitiker war im Übrigen sogar der rechten Boulevardzeitung „France Soir“ zu viel, die ihre Titelseite vom Donnerstag (17. November) übertitelte: „Polygamie, Unruhen: Die absurde Erklärung“.

Das Strickmuster ist übrigens bereits alt: Schon als politische Reaktion auf die schweren Unruhen, die 1991 in der westlich von Paris gelegenen Trabantenstadt Mantes-la-Jolie ausbrachen, nachdem zwei Jugendliche (bei einem Polizeieinsatz sowie im Gewahrsam auf der Polizeiwache) zu Tode gekommen waren, hatte damals Jacques Chirac vom angeblich so wichtigen Problem der Polygamie gesprochen. Gleichzeitig tat er, es war im Frühjahr 1991, seinen berühmt-berüchtigten Ausspruch über „le bruit et l’odeur“ („den Lärm und den Gestank“, nämlich der Immigranten in den Sozialwohnungen). Seine Behauptung, es gebe in der Stadt Paris polygame Familien „mit 3 bis 4 Ehefrauen und um die 20 Kindern“, deren Mitglieder umgerechnet 7.500 Euro an Kindergeld kassierten und deshalb nicht arbeiteten, wurde jedoch bei anschließenden Untersuchungen als Falschbehauptung widerlegt. Die Pariser Stadtverwaltung, die damals dem Oberbürgemeister Chirac (1977 bis 95) unterstand und die von ihm mit einer Überprüfung beauftragt wurde, konnte einen einzigen Straßenkehrer finden, der zwei Ehefrauen hatte. Der allerdings erheblich weniger Familienunterstützung erhielt und keinesfalls vom Kindergeld leben konnte (wie Chirac wörtlich behauptet hatte), sondern sein Geld auf dem Pariser Asphalt verdiente. Im Moment spielt Präsident Chirac, nach den Unruhen des Herbsts 2005, allerdings selbst nicht erneut diese Partitur vor, sondern gibt eher den „altersweisen“ und gütigen Papa der Nation, der um die „Integration aller Kinder der Nation“ bemüht ist. In den letzten 14 Tagen sprach Chirac von der Notwendigkeit, über Maßnahmen „positiver Diskriminierung“ zugunsten unterrepräsentierter Minderheit und namentlich über die Präsenz „sichtbarer Minderheiten“ (etwa von Schwarzen) im Fernsehen und anderen Medien nachzudenken. Den Part des rassistischen Einpeitschers und repressiven Wadenbeißers haben heute im bürgerlichen Lager Andere übernommen.

Von den Nachteilen der Polygamie und den Vorzügen der Sklaverei

Die berüchtigte reaktionäre Historikerin und „Sowjetunion- sowie Russland-Expertin“ Hélène Carrère d’Encausse, Sekretärin der altehrwürdigen Académie française auf Lebenszeit, ließ sich in ähnlicher Weise in russischen Medien aus. Im russischen Fernsehsender NTV erklärte sie: „Diese Leute kommen direkt aus afrikanischen Dörfern. Paris und andere Städte Europas sind aber keine afrikanischen Dörfer. (...) In einer Wohnung sind 3 oder 4 Ehefrauen und 25 Kinder. Sie sind derart überfüllt, dass es keine Wohnungen mehr sind, sondern Gott weiß was! Man versteht, dass diese Kinder auf der Straße herumlaufen.“ Die, ähem, vornehme Dame muss es ja genau wissen, da sie ganz bestimmt viel Ahnung von den realen Lebensbedingungen von Immigranten hat. In einem anderen Interview erklärte sie der Wochenzeitung „Moskowskie Nowosti“: „Wir haben (in Frankreich) Gesetze, die durch Stalin hätten erfunden werden können. Sie kommen

ins Gefängnis, wenn Sie sagen, dass fünf Juden oder zehn Schwarze im Fernsehen sind. Die Leute können nicht ihre Meinung über die ethnischen Gruppen, über den Zweiten Weltkrieg und über viele andere Dinge ausdrücken. Man verurteilt Sie sofort für dieses Vergehen."

Der berüchtigte französische Quatschphilosoph Alain Finkielkraut, in den 1970er Jahren einmal Maoist und heute neo-reaktionärer „Neuer Philosoph", ging wohl am weitesten in Sachen ethnisierender Äußerungen. Seit längerem nie um groteske Vergleiche verlegen, hatte Finkielkraut im ganzseitigen Interview mit der konservativen Tageszeitung „Le Figaro" unter anderem behauptet: „Es handelt sich nicht um eine Revolte gegen den Rassismus der Republik, sondern um ein gigantisches antirepublikanisches Pogrom." Bisher hatte der Autor dieser Zeilen naiverweise angenommen, ein Pogrom bestehe in der Verfolgung von Menschen, nicht des armen Staates...

In einem Interview mit der israelischen Tageszeitung „Haaretz", das in ihrer Ausgabe vom 18. November publiziert wurde, ging Finkielkraut noch weiter. (Finkielkraut gehört auch zu den führenden Rechtszionisten des – politisch breit ausgefächerten – französischen Judentums und beispielsweise zu den kritiklosen Verteidigern des iraelischen Mauerbaus quer durch das palästinensische Westjordanland. Er vertritt diese Positionen mit der antiuniversalistischen Begründung, er werde Maßnahmen der israelischen Regierung nicht kritisieren, „um den Unseren nicht in den Rücken zu fallen". Der redaktionelle Vorspann von „Haaretz" zu dem Interview enthält durchaus implizite Kritik, an einer Stelle werden die Auslassungen Finkielkrauts indirekt in die Nähe derer Le Pens gerückt.) In den Spalten von „Haaretz" äußert Finkielkraut unter anderem: „Das Problem ist, dass diese jugendlichen Randalierer fast alle Araber und Schwarze sowie mit einer islamischen Identität ausgestattet sind. (...) Heutzutage gibt man der Demagogie nach und ändert die Geschichtsschreibung bezüglich des Kolonialismus und der Sklaverei. Man stellt diese (Anm.: den Kolonialismus und die Sklaverei) so dar, als seien sie rein negative Erscheinungen gewesen. Anstatt zu sagen, dass das koloniale Projekt erziehen, den Wilden die Zivilisation bringen wollte. (...) Was hat Frankreich den Afrikaner getan? Nur Gutes." Ferner führt Finkielkraut aus, „wenn diese jungen Migranten meinen, man behandele sie in Frankreich schlecht, ihre wirtschaftliche Situation sei nicht gut: Wir halten sie hier nicht fest." Sollen sie doch nach drüben gehen!

Hätte der Mann ausnahmsweise geschwiegen, hätte man ihn – vielleicht – weiterhin für einen Philosophen halten können.

Ansonsten kann man vernünftigeren Menschen als Finkielkraut nur raten, einmal den „Code Noir" zu lesen, das „Schwarzen-Gesetzbuch", das unter der Monarchie haarklein den französischen Sklavenhandel regelte, eine wirklich haarsträubende Lektüre. Die Sklaverei wurde in Frankreich erst 1848 abgeschafft.

Abschiebepolitik

Bereits in der zweiten Novemberwoche hat Innenminister Nicolas Sarkozy seinerseits angekündigt, an den Unruhen beteiligte Immigranten ohne französische Staatsbürgerschaft aus dem Land abzuschieben. Rasch wurde eine „Rückkehr der Doppelstrafe" kritisiert: Minister Sarkozy selbst hatte im Jahr 2003 die so genannte „double peine" weitgehend abgeschafft, die daraus bestand, dass ein gerichtlich sanktionierter Ausländer sowohl – wie jeder verurteilte Franzose – seine Strafe absitzen musste, als auch anschließend abgeschoben werden konnte. Diese „Doppelstrafe" war seit langem durch Menschenrechtsgruppen als rechtliche Diskriminierung angegriffen worden. Sarkozy schaffte sie ab, um seinen politischen Voluntarismus im Sinne des Mottos „hart aber gerecht" zu demonstrieren, während die regierenden Sozialdemokraten davor jahrelang untätig geblieben waren.


Minister Sarkozy

Sarkozy hat's gegeben, Sarkozy hat's genommen? Auf die Vorwürfe, der Minister revidiere seinen eigenen Beschluss, die „Doppelstrafe" sei als diskriminierend zu betrachten, antwortete dessen Umgebung mit einem wirklich frappierenden Argument. „Le Monde" zitierte Berater des Innenministers mit den Worten, es gehe gar nicht um eine Doppelstrafe, denn diese betreffe ja strafrechtlich verurteilte Ausländer. Dagegen plane man jetzt, an den Unruhen beteiligte Ausländer auch ohne jedes Urteil abzuschieben...

Von 2.200 Personen, die bis Mitte November im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen worden waren (insgesamt sind es knapp 3.000), waren 120 Personen ohne französische Staatsbürgerschaft. In der Nationalversammlung präzisierte Sarkozy am 15. November, gegen bisher 10 Personen seien unmittelbare konkrete Vorbereitungen zur Abschiebung eingeleitet, Minderjährige würden jedoch ausgenommen. Das hätte sonst auch ziemliche juristische Komplikationen hervorgerufen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Extreme Rechte im Aufwind?

„Ich hoffe, dass man künftig dem Arzt, der seit vielen Jahren eine richtige Diagnose aufgestellt hat, mehr vertrauen wird als den Ärzten, die sich in ihrer Diagnose geirrt haben". Sagt der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen vor rund 500 Anhängern, die am vorletzten Montag (14. November 05) in der Nähe des Pariser Louvre-Museums eine Kundgebung abhalten, um härtere staatliche Reaktionen auf die Riots in den Vorstädten zu fordern. Und natürlich meint der Chef des Front National (FN) sich selbst.

Das angebliche Krankheitsbild, das der selbsternannte Mediziner seit nunmehr 25 Jahren jedes Mal beschwört, wenn es in den französischen Banlieues zu Unruhen kommt, heißt „ethnisches", „Einwanderer- oder „Moslemproblem". Das erste Mal ließ man ihn 1982 vor einer größeren Öffentlichkeit zu Wort kommen – damals war es zu den ersten länger anhaltenden Riots in den Trabantenstädten von Lyon gekommen. Le Pen durfte in einem Gastbeitrag in der konservativen Tageszeitung „Le Figaro" feststellen, die Banlieue-Unruhen und die Streikwelle belegten, „dass eine multikulturelle Gesellschaft nicht funktioniert, wie es auch der Bürgerkrieg im Libanon beweist". Heute stimmen führende bürgerliche Politiker in den Chor der Stimmen ein, die „ethnische" Ursachen – statt soziale Verwerfungserscheinungen, Perspektivlosigkeit und Ghettoisierung – hinter den jüngsten dreiwöchigen Unruhen sehen. (Vgl. Artikel S. 9)

Derzeit befördern viele der gesellschaftlichen Reaktionen auf die jüngsten Riots den Ruf nach autoritären „Lösungen" und rassistische Interpretationen bezüglich ihrer Ursachen. Keine Rolle spielt dabei, dass auch weißhäutige und blonde Banlieue-Bewohner an den Riots beteiligt waren. Der junge Mann, der zu der höchsten Haftstrafe im Zusammenhang mit den Unruhen verurteilt wurde – vier Jahre Haft ohne Bewährung – heißt nicht Mohammed oder Mamadou, sondern Jérémy Van Gendt. Und seine Vorfahren wanderten zwar nach Frankreich ein, aber „nur" aus dem benachbarten Belgien. Es handelt sich offenkundig nicht um ein „ethnisches" Problem, sondern um ein soziales. Die Dinge genau umgekehrt darzustellen, gehört (leider nicht nur) für Le Pen zu seiner politischen Geschäftsgrundlage.

Le Pen unter Konkurrenzdruck

Dennoch kann der rechtsextreme Politiker sich heute nicht beruhigt zurücklehnen und

darauf warten, dass ihm die Situation in die Hände arbeitet. Denn Le Pen hat rechtsaußen Konkurrenz bekommen, während seine eigene Partei von Konflikten gelähmt wird. Viele führende Kader aus der „alten Garde“ der Partei, die seit der Splittergruppenzeit des FN in den siebziger Jahren dabei waren, sind in Opposition gegen die Tochter des „Chefs“ – Marine Le Pen – als mögliche Nachfolgerin getreten.

Einer der Wortführer der innerparteilichen Opposition war seit längerem Jacques Bompard, Bürgermeister im südfranzösischen Orange (30.000 Einwohner), der die Hardliner um sich scharte. Er war das letzte Stadtoberhaupt des FN, nachdem die Partei die drei anderen Rathäuser, die sie in den späten neunziger Jahren regierte, an die bürgerlichen Parteien verloren hat. Doch nachdem Le Pen ihn am 9. September aus allen Parteiämtern entfernen ließ, hat Bompard dem FN kurz darauf den Rücken gekehrt. Bompard zögerte nicht lange, neuen Anschluss zu suchen, in Gestalt einer Annäherung an den Rechtskatholiken und nationalkonservativen Grafen Philippe de Villiers - den Chef der Kleinpartei MPF (Mouvement pour la France, Bewegung für Frankreich). Am 3. November trafen sie sich, und sie hatten den Anlass dafür nicht zufällig ausgesucht. Ihren ersten Händedruck vor den Kameras vollführten sie in der Pariser Trabantenstadt Epinay-sur-Seine und schwadronierten über einen „ethnischen Bürgerkrieg“, von angeblicher „unkontrollierter Masseneinwanderung“ und einem vermeintlichen Aufstand der Moslems gegen das christliche Frankreich. (vgl. AN 23/3005)

Damit hatten Bompard und de Villiers vorübergehend lauter geschrien als Le Pen. Zumal der Parteichef des FN sich nicht selbst in die Banlieues begab, sondern seine Kundgebung vor treuen Parteigängern zehn Tage später im historischen Zentrum von Paris abhielt.

Auch in der Folgezeit unterschied sich die Strategie beider Seiten. Le Pen, Vater und Tochter, stellten tagelang vergleichsweise moderate Forderungen im Hinblick auf „Sicherheitsmaßnahmen“ – jedenfalls wenn man sie mit dem vergleicht, was die bürgerliche Rechte selbst durchsetzte. Die Le Pens attackierten die Regierung und Innenminister Sarkozy kaum direkt, sondern konzentrierten sich eher darauf, zu verkünden, ihre Partei sei „das Original“ und die konservativen Sicherheitspolitiker nur „die Kopie“.

Im Bereich der Ausländergesetzgebung sattelte Jean-Marie Le Pen freilich später noch gehörig darauf und forderte etwa bei seiner Kundgebung vom 14. 11., alle Aufenthaltstitel für Ausländer künftig auf ein Jahr zu befristen.

Dagegen bemühten sich Bompard und de Villiers darum, die Regierungspolitik auch im Sicherheitsbereich verbal zu übertrumpfen und Innenminister Sarkozy rechts zu überholen: Sie forderten schon zu einem frühen Zeitpunkt, die Armee statt der Polizei zwecks Niederschlagung der Unruhen in die Banlieues zu entsenden. Das hatte Le Pen zwar auch bereits vor zehn Jahren gefordert, er wiederholte es aber im jetzigen Kontext nicht laut. Diesen Vorschlag mochte die Regierung sich nicht zu eigen machen, auch wenn die Armee in der zweiten Novemberwoche zeitweise in den Alarmzustand versetzt wurde.

Beide Parteien scheinen von den gesellschaftlichen Reaktionen auf die Riots in den Banlieues zu profitieren. Der Front National dürfte nach realistischen Schätzungen derzeit 15.000 bis 18.000 Mitglieder haben. (Gegenüber 42.000 eingeschriebenen Parteigängern vor seiner Spaltung im Konflikt mit Bruno Mégret, Ende der neunziger Jahre.) Es wird behauptet, der FN habe seit den Unruhen 2.000 neue rekrutiert. Diese Zahl wurde ohne Quellenangaben durch den Vorsitzenden des Europäischen Gewerkschaftsbunds, John Monk, verbreitet. Gesichert ist jedenfalls, dass der FN in den letzten vier Wochen eine recht intensive Beitrittskampagne unter seinen Sympathisanten geführt hat, die auf den Mailinglisten wiederholt zum Parteieintritt aufgefordert wurden. Der MPF, der nach eigenen (mutmaßlich übertriebenen) Zahlen rund 7.500 Mitglieder haben will, gibt an, „mehrere hundert“ Beitrittswünsche verzeichnet zu haben. Die jeweiligen Angaben können jedoch kaum überprüft werden.

Ende August hat die Villiers-Partei, deren Generalsekretär Guillaume Peltier früher für kurze Zeit an der Spitze der FN-Jugendorganisation (FNJ) stand, auch öffentlich ihre Bereitschaft erklärt, ehemalige Kader Le Pens aufzunehmen. Den rechtsextremen Funktionären bietet der „villiéristische“ MPF die Möglichkeit, im Rahmen einer nicht durch Le Pens Sprüche und teilweise offenen Nazi-Sympathien belasteten Organisation „respektable“ Politik zu machen, wobei auch eine Annäherung an Konservative nicht ausgeschlossen ist. Das politische Profil beider Parteien ist nicht völlig identisch: De Villiers zieht vor allem gegen Homosexuelle, Schwangerschaftsabbrüche, gegen Moslems und einen EU-Beitritt der Türkei – als „islamisches Land“ – zu Felde. Diese Themenpunkte gibt es alle auch bei den Le Pen-Anhängern, denen die katholische Sexualmoral aber eher weniger am Herzen liegt als der Rassismus. Dagegen finden sich die Elemente eines antisemitisch unterlegten „Antikapitalismus“ von rechts, die daneben in Teilen des FN anklingen, bei den „Villiéristen“ kaum wieder. Letztere haben auch größere Schwierigkeiten, über die traditionalistische Bourgeoisie und konservative Mittelschichten hinaus auch in den sozialen „Unterschichten“ Anklang zu finden, bei denen der FN weitaus stärkeren Zuspruch findet als die Rechtskonservativen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA

Am 14. Januar 2006 findet ab 14:00 Uhr unter dem Motto **„Kunst, Kultur und Widerstand – Für eine antifaschistische Republik“** im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1 in Berlin-Kreuzberg das 11. Antifaschistische Jugendtreffen der VVN-BdA statt. Eröffnet wird die Konferenz von Esther Bejarano, Musikerin und Überlebende des Vernichtungslagers KZ Auschwitz.

Es wird verschiedene Arbeitsgruppen rund um das Thema „Kunst, Kultur und Widerstand – Für eine antifaschistische Republik“ mit namhaften und kompetenten Referentinnen und Referenten geben, in denen sich die jugendlichen und junggebliebenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einbringen können.

Unter anderem sind folgende Themenbereiche geplant:

1. Vorwärts und nicht vergessen worin unsre Stärke besteht.?! Antifa-Jugendgruppen, Projekte und Initiativen stellen sich vor und zur Diskussion! Moderation: Hendrik Paul/Antifa Bitterfeld

2. Völker hört die Signale ..?! Von Freien Radios bis Stattzeitungen. Eine Zeitreise durch alternative Medienkultur. ReferentInnen: Fritz Güde, Stattzeitung; Sabine Heins, RAG; Radio Z(angefragt); Gruppe Arbeiterfotografie; Moderation: Gerd Deumlich/Marxistische Blätter

3. Und weil der Mensch ein Mensch ist...?! Von 1. Internationale Arbeiter - Musik u. Gesangsolympiade Europas in Strasbourg 1935 zur aktuellen linken Musikkultur. ReferentInnen: Hans Adamo/ Studienkreis Deutscher Widerstand und Mitglieder der Theater Truppe Schöneberg/ RockTheater (TTS), Moderation: Liliane Leible, VVN-BdA Ortenau

4. „White Noise“ – Begleitmusik zu Mord und Totschlag. Strategien und Entwicklungen in der neonazistischen Jugendkultur. apabiz (antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum Berlin e.V

Die Ergebnisse der AGs werden sicherlich auch Bestandteil der Podiumsdiskussion mit dem Titel: **Kultur der Anpassung – Kultur des Widerstandes** sein.
TeilnehmerInnen: Heike Kleffner, Journalistin & Filmemacherin; Kai Degenhard, Musiker & Journalist; Bernd Köhler, Grafiker; Esther Bejarano; Sabine Heins, RAG; Gruppe Arbeiterfotografie. Moderation: Markus Plagmann, IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Mit angesagten Bands, Cocktails und Abtanzen beginnt das Abendprogramm ab 20.00 Uhr.

Mehr Informationen über VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.vvn-bda.de



Aufstehen gegen Abschiebungen

FRANKFURT. Der Bundesgerichtshof hat den Termin für die Verhandlung in Sachen Hausverbot am Frankfurter Flughafen festgelegt. Die mündliche Verhandlung findet statt am 20. Januar 2006 um 9 Uhr vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe im Saal N 004. Aus diesem Anlass bittet das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, den nachfolgenden Aufruf zu unterzeichnen, der zur Verhandlung veröffentlicht werden soll.

„Überall, wo Menschenrechte verletzt werden, ist Protest nötig.

Über 8.500 Menschen werden jedes Jahr allein vom Frankfurter Flughafen abgeschoben. Damit ist Frankfurt der größte Abschiebeflughafen der BRD. Immer wieder werden dabei Menschenrechte verletzt oder es werden Menschen durch die Abschiebung gefährdet.

Vor sechs Jahren ist der Sudanese Aamir Ageeb während einer zwangsweisen Abschiebung durch BGS-Beamte ums Leben gebracht worden. In anderen Fällen wird rechtzeitig bekannt, dass Flüchtlinge in eine ungewisse Zukunft, in Folter oder Tod abgeschoben werden sollen. So z.B. bei Zarah Kameli, der im Iran Steinigung drohte. Durch eine starke Öffentlichkeit, durch Proteste am Flughafen und schließlich durch die Weigerung des Flugkapitäns, Frau Kameli gegen ihren Willen mitzunehmen, konnte die Abschiebung im letzten Moment verhindert werden.

Für das uneingeschränkte Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Seit einiger Zeit überzieht der Flughafenbetreiber Fraport DemonstrantInnen mit Hausverboten und bekam darin von Amts- und Landgericht Frankfurt Recht. Begründung: der Flughafen sei privat, das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelte hier nicht.

Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main zieht am 20. Januar 2006 vor den Bundesgerichtshof. Unserer Meinung nach darf es nicht sein, dass der Flughafen nicht der Grundrechtsbindung unterliegt. Das Flughafengelände wird vom öffentlichen zum privaten Raum umdefiniert, das Hausrecht des Betreibers über das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit gestellt. Letztlich wird es dadurch möglich, Handlungen staatlicher Behörden in diesem privatisierten Raum der Kritik der Öffentlichkeit zu entziehen. Dies darf nicht sein! Protest vor Ort muss möglich sein! Aufhebung aller Hausverbote! Wir fordern den sofortigen Stopp aller Abschiebungen!“

Unterstützung per Post: Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, c/o Dritte Welt Haus, Falkstraße 74, 60487 Frankfurt; und per email: aktionsbuendnis-rm@web.de

Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main, 17.11.05 ■

Demonstration: Freiheit für Cornelius Yufanyi

GÖTTINGEN. Rund 150 Menschen demonstrierten am Samstag, den 12. November 2005 in Göttingen gegen die Residenzpflicht und die drohende Inhaftierung von Cornelius Yufanyi, Aktivist der Flüchtlingsorganisation „The Voice Refugee Forum“. Seinen Redebeitrag begann Cornelius so: „Ich habe einen Haftbefehl, die Polizei sieht mich, aber sie macht nichts. Ist das nicht wunderbar?“

Cornelius hat guten Grund zu bissiger Ironie. Den relativen Schutz vor einer unmittelbaren Festnahme verdankt er der vielfältigen Solidarität, die er durch sein konsequentes Herangehen erfährt, nicht der Einsicht offizieller Stellen in die Zynik des gesamten Verfahrens gegen ihn.

Cornelius Yufanyi koordinierte einen Flüchtlingskongress vom 20. April bis 1. Mai 2000 in Jena. Dazu erhielten zwar 600 Gäste aus 40 Ländern Visas, ihm selbst hingegen wurde jedoch aufgrund der Residenzpflicht verboten, am Kongress teilzunehmen. Cornelius setzte sich über das Verbot hinweg und bekam eine Geldbuße. Für seine Weigerung, die Strafe über 323,20 Euro zu zahlen, wurde jetzt der Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Cornelius Yufanyi wird der Aufforderung, sich den Behörden freiwillig auszuliefern, nicht nachkommen, um somit seinem Kampf gegen die rassistische Gesetzgebung Ausdruck zu verleihen.

Es wird Zeit, dass die Verantwortlichen diesem juristischen Possenspiel ein Ende setzen und den Haftbefehl gegen Cornelius aufheben.

Ein vierminütiges Video über Cornelius Yufanyi und die Demonstration in Göttingen gibt es unter http://www.umbruch-bildarchiv.de/video/portrait/121105cornelius_yufanyi.html

The _voice_berlin THE_VOICE_BERLIN@gmx.de ■

Bayerische Ausländerbeiräte reagieren auf Pisa-Studie

BAYERN. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns hat sich intensiver mit den Ergebnissen der neuen Pisa-Studie beschäftigt und dazu am 4. November 2005 eine Stellungnahme veröffentlicht, die auf die Ungerechtigkeit und Unzulänglichkeiten des Schulsystems in Bayern für Migrantenkinder aufmerksam macht:

„Keine Frage, die Kinder der Migrantenfamilien aus der gebildeten Oberschicht und den Akademikerkreisen schaffen es“, heißt es in der Stellungnahme. „Da sind die gebildeten Mamas, genauso wie die ideale Mama in Bayern, zu Hause und lernen nachmittags brav mit dem Kind oder kutschieren es zur ganzheitlichen Förderung vom Sportunterricht zur Musikstunde hin und her. Die zweisprachige Erziehung läuft unproblematisch, denn Sprachförderung geschieht vom frühesten Alter in beiden Sprachen und die Eltern können sogar persönlich die fehlenden Schulangebote in der Muttersprache kompensieren, persönlich oder notfalls durch bezahlte Nachhilfe. ... Aber wie viele sind es denn, solche Migrantenfamilien?



Am 17.11. fand im Rahmen europaweiter Protestaktionen gegen die Privatisierung im Bildungsbereich auch in München eine Demonstration statt. Die bayerische Staatsregierung führt im Wintersemester 2007 Studiengebühren in Höhe von bis zu 500 Euro ein.

Die Mehrheit der Migranten in Deutschland ist aus unteren und bildungsfernen Schichten. Die erste Generation wurde als solche angeworben, die zweite und dritte Generation sind es gerade aufgrund des sozial selektierenden Schulsystems geworden oder geblieben. Die gebildeten Einwanderer werden oftmals aufgrund der Nicht-Anerkennung ihrer Zeugnisse ebenfalls in die Arbeitslosigkeit oder Tätigkeiten für Unqualifizierte abgeschoben und damit auch am sozialen Aufstieg gehindert.

Will man die gefährliche Paarung der Merkmale „ethnische/kulturelle Minderheit“ und „soziale Benachteiligung“ auflösen, dann stellt gesellschaftliche Integration und sozialer Aufstieg durch Bildung die nahezu einzige Möglichkeit dar.

Aber dieser Weg ist in Deutschland besonders gut versperrt. Kinder mit sozial- und bildungsschwachem Elternhaus haben viel geringere Chancen, vor allem wenn sie einen zweisprachigen Hintergrund haben. Die systematische Nichtberücksichtigung des zweisprachigen Kontexts, in dem die Kinder leben, und der komplex und in vielen Fällen problematisch verlaufenden Spracherwerbbiografien in einem monokulturell und einsprachigen Schulsystem gesellen sich zu allgemeinen Nachteilen, die die Kinder aus den bildungsfernen Familien allgemein treffen: fehlende frühkindliche häusliche Förderung, fehlende schulbegleitende Unterstützung, Unsicherheit der Eltern bei der Schullaufbahnplanung, fehlendes Selbstbewusstsein und geringere Motivation beim Anstreben höherer Schulbildung durch fehlende Vorbilder und Identifikationsfiguren aus dem eigenen sozialen Umfeld. So haben es diese Kinder doppelt so schwer, die Hürden des bayerischen Schulsystems bis zu höheren Schulen zu überwinden. Die Ausnahmen bestätigen nur die Regeln.

Schon seit den ersten Pisa-Ergebnissen ist bekannt, dass die Migrantenkinder in Bayern zwar etwas bessere Lese-Kompetenzen aufweisen als in anderen Bundesländern, dass sie aber trotzdem seltener in die höheren Schulen kommen. Nun ist zu befürchten, dass auch diesmal die Ergebnisse und vor allem Lösungen genau in die falsche Richtung gehen werden: noch mehr Tests, noch mehr Leistungsdruck und noch mehr Selektion! So passt auch der aus meiner Sicht unglaubliche Skandal, worüber seit einiger Zeit gemunkelt wird, völlig ins Bild. Man will Gelder vom Bund, die der Einrichtung von Ganztagsschulen zugute kommen sollten, vor allem in das umstrittene Projekt G8 (Abitur nach 8 Jahren Gymnasium bzw. 12 Jahren Schule) stecken!

Es wäre schade, die Chance zu einer grundlegenden Reform zu verpassen, die endlich die bestmögliche Förderung und Bildung jedes einzelnen Kindes unabhängig von der sozialen Herkunft zum Ziel des Bildungssystem macht und den nötigen Investitionen dazu als Investition in die Zukunft des Landes höchste Priorität einräumt. Die Bildungspolitiker, die sich einer vermeintlichen „Elitenförderung“ rühmen, sowie Eltern und Lehrer der Gymnasiasten, die dieses System gegen jede Reformabsicht verteidigen, machen einen entscheidenden Fehler: Diese falsche Bildungspolitik verspielt unser aller Zukunft, „Eliten“ mit einbegriffen.“

Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende AGABY ■

Die AGABY ist die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns. Sie ist der Zusammenschluss der Ausländerbeiräte, die durch die ausländische Bevölkerung ihrer Städte und Kreise demokratisch gewählt sind. Bisher haben sich der AGABY 20 Ausländerbeiräte angeschlossen. Das sind Beiräte von Städten und Gemeinden, in denen mehr als 90% der ausländischen Bevölkerung Bayerns lebt. www.agaby.de

Gleiche Rechte für alle – Bleiberecht für Flüchtlinge – Abschiebungen stoppen

Aufruf zur Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz in Karlsruhe am 8. Dezember, 16 Uhr, Platz der Grundrechte

Am 8. und 9. Dezember 2005 treffen sich die Innenminister des Bundes und der Länder zu ihrer halbjährlich stattfindenden Sitzung in Karlsruhe. Baden-Württemberg hat in diesem Jahr unter Innenminister Rech den Vorsitz.

In den vergangenen Jahren ist die Innenministerkonferenz vor allem durch restriktive Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik hervorgetreten. Dabei hätte sie die Möglichkeit, Flüchtlingen aus Krisenregionen per Beschluss eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen und schon lange hier lebenden Flüchtlingen, die von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr nur geduldet werden, durch eine großzügige Bleiberechtsregelung den Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Stattdessen werden Flüchtlinge aus Krisengebieten zwangsweise zurückgeführt. Anderen wird massenhaft, um Ausreisedruck zu erzeugen, durch Widerrufsverfahren der Flüchtlingsschutz entzogen.

So wurde zuletzt auf der Innenministerkonferenz im Juni 2005 in Stuttgart die Rückführung der Minderheiten aus dem Kosovo sowie die Rückführung von Flüchtlingen nach Afghanistan beschlossen. Dies vor dem Hintergrund der nach wie vor prekären Sicherheitslage in diesen Ländern. Die aus der Presseerklärung der Innenminister zitierte Bemerkung, „Befürworter einer Bleiberechtsregelung sollten bedenken, dass diese die ethnischen Vertreibungen im Kosovo zementieren würden und so das Völkerrecht unterliefen“ kann angesichts der Situation für Minderheiten im Kosovo nur als zynisch bezeichnet werden. Nach wie vor fliehen Minderheitenangehörige vor Übergriffen.

Rückkehrdruck auf Flüchtlinge

Bereits jetzt wird Druck auf Flüchtlinge aus dem Irak ausgeübt, indem ihnen reihenweise per Widerruf der Flüchtlingsschutz entzogen wird. Diese Flüchtlinge erhalten dann oft nur noch eine Duldung und verlieren dadurch meist auch ihre Arbeitserlaubnis. Somit können sie, sollten sich die Innenminister einmal zu einer Bleiberechtsregelung durchringen, den dann gestellten Anforderungen oft nicht mehr genügen.

Bundesweit leben ca. 200 000 Flüchtlinge nur mit dem unsicheren Status einer Duldung. Ungefähr 150 000 von ihnen schon länger als 5 Jahre, viele sogar bereits seit 8 oder 10 Jahren und länger. Statt vor dem Hintergrund massiv sinkender Flüchtlingszahlen diesen Flüchtlingen endlich einen sicheren Aufenthalt zu geben, werden bundesweit und sogar europaweit Sammelabschiebungen durchgeführt. Auch bei Nacht, im Frachtbereich unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgewickelt, werden selbst kranke und traumatisierte Flüchtlinge auf diese Weise in unsichere Herkunftsländer verbracht.

Zuflucht in Europa wird verhindert

Fast täglich gibt es neue Meldungen von zurückgewiesenen Flüchtlingen an den Außengrenzen der Europäischen Union, neue Meldungen von Toten auf dem Weg in die „Zuflucht Europa“. Alleine in den Jahren 1993 bis 2005 wurden 6.336 Todesfälle dokumentiert, die in direktem Zusammenhang mit der europäischen Abschottungspolitik stehen. Die Dunkelziffer dürfte noch erheblich höher sein, da viele derer, die beim Versuch sterben, über das Mittelmeer zu gelangen, nie gefunden werden. Die massive Abwehrpolitik der Europäischen Union ist maßgeblich vom deutschen Bundesinnenminister mitbestimmt. Vor einem Jahr versuchte der damalige Innenminister Schily, Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika, vor den Toren der EU durchzusetzen. Mittlerweile brechen die Mittelmeerländer Italien, Griechenland und Spanien offen internationales Recht, indem sie Flüchtlinge, ohne ein Asylgesuch zu prüfen, vor den Toren der EU wieder absetzen. Länder wie Marokko machen dann die „Drecksarbeit“ für die EU, sie setzen Flüchtlinge mitten in der Wüste aus oder internieren sie in Militärzentren, zu denen Nichtregierungsorganisationen und Journalisten der Zutritt verwehrt wird.

Ein Aufschrei ist nötig

Was hier passiert ist ungeheuerlich, eigentlich müsste ein Aufschrei durch die Bevölkerung gehen. Anstatt die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen, werden Flüchtlinge bekämpft. Solange keine reellen Anstrengungen unternommen werden, den Widerspruch zwischen arm und reich, zwischen Demokratie und Diktatur zu bekämpfen, solange mit den Diktatoren Geschäfte gemacht werden, solange wird es Menschen geben, die aus Angst vor Verfolgung und Vertreibung fliehen müssen. Daher fordern wir:

Gleiche Rechte für alle ● Bleiberecht für alle Flüchtlinge ● Stoppt die unmenschliche Abschiebepolitik.

Demonstration und Kundgebung 8. Dezember 2005, 16 Uhr, Karlsruhe – Platz der Grundrechte

Unterstützer: zahlreiche Flüchtlingsgruppen und Organisationen ■.

Antirassistische Demo in Freiburg

Zum europaweiten Aktionstag am 12.11. fand in Freiburg im Breisgau eine antirassistische Demonstration mit 200 TeilnehmerInnen statt. Bei der Abschlusskundgebung kam es zu Auseinandersetzungen mit Burschen von der Saxo-Silesia, dabei gab es eine Gewahrsamnahme.

Die Demonstration startete mit der typisch südbadischen Verspätung von einer dreiviertel Stunde um viertel vor eins. Die Route war Werderring, Rempartstraße, KaJo, Rathausplatz, KaJo, Friedrichring, Merianstraße, Rathausplatz. Es gab eine Zwischenkundgebung am Bertoltsbrunnen, die Abschlusskundgebung fand auf dem Rathausplatz statt, wo es auch eine kleine Ausstellung zur Situation in Ceuta und Melilla sowie den europäischen Flüchtlingslagern gab.

Dort feierten gerade Burschenschaftler der Saxo-Silesia in vollem Wichs Hochzeit. Der Sektstand wurde mit Transparenten bedrängt und musste von der Polizei beschützt werden. Nach leichten Rangeleien gab es einen spontanen Redebeitrag zu Burschenschaften im Allgemeinen, Beispielen von antiburschenschaftlicher Arbeit der jüngsten Zeit in Freiburg und der Saxo-Silesia im Besonderen. Ein Demonstrant wurde nach den Auseinandersetzungen von der Polizei in Gewahrsam genommen.

Ein Brief des afrikanischen Einwanderers Bashige Michel, der beim Fluchtversuch an der EU-Außengrenze in Marokko starb, an die spanische Gesellschaft, wurde auf der Abschlusskundgebung verlesen, hier einige Auszüge:

Damen und Herren der spanischen Gesellschaft, Worte könnten nicht vermitteln, was ich in diesem Moment empfinde, indem man mich mit Gewalt gezwungen hat, dahin zurückzukehren, von wo ich gekommen bin! Es wurde mir noch nicht mal möglich gemacht, Ihnen zu sagen, was mich bewogen hat diese lange und mühevolle Reise anzutreten, bei der viele meiner Unglückskameraden gestorben sind.

Ich dachte, es Ihnen persönlich zu erzählen, als eine Person, die die Spuren von Misshandlung und des Leidens eines unterdrückten und ausgebeuteten Volkes trägt. Aber diese Mauer, die zwischen mir und Ihnen errichtet wurde, macht jede wirklich menschliche Begegnung zwischen uns unmöglich und zwingt uns dazu, uns von Weitem wie Hund und Katze anzusehen, obwohl wir alle Bürger der gleichen Welt sind. Vorausgesetzt, dass wir nicht miteinander reden können, erlauben Sie mir, Ihnen in die Augen zu schauen durch diese Trennungsmauer in Form der Zäune, die jetzt Afrika von Europa trennen und die die Falschheit der Beziehungen symbolisieren, die unsere Regierenden zwischen dem Norden und dem Süden geschaffen haben. Diese Mauer der Trennung, dieser Zaun spiegelt die falsche Beziehung wider, in der die Rohstoffe, die vom Süden kommen und die Fertigprodukte des Nordens, unter anderem Waffen, sich bewegen können und die Menschen nicht. (...)

Ich weiß schon, dass die Medien vielleicht meiner Stimme kein Echo geben werden, dass die PolitikerInnen bei ihren Treffen nicht über Menschenrechte reden werden, weil im Grunde mein Leben wie das von allen Armen der Welt für sie nicht wie eine Ratte sterben, die von einem Feuer erwischt wurde. Deswegen trete ich als Überlebender vor Sie, um diese unmenschliche Situation anzuzeigen und Sie zu bitten uns zu helfen, eine gerechte und menschliche Welt zu schaffen.

Das, was wir essen sollten, das, was uns helfen sollte unsere Länder zu entwickeln, wird in den Westen gebracht, um die Schulden zu bezahlen, die wir niemals eingegangen sind, um Waffen zu kaufen, die uns töten und die Glieder amputieren und uns so unfähig machen, zu unserem eigenen Erhalt beizutragen.



zählt. Sie opfern uns ohne Skrupel und ohne Scham!

Tatsächlich, meine Damen und Herren der spanischen Gesellschaft, bin ich Afrikaner. Ich komme aus einem verarmten Land; ein Land, das seit Jahrhunderten ausgeplündert wurde von den westlichen multinationalen Unternehmen und das grauenhafte Kriege erlitten hat, die sich oftmals als Bürgerkriege präsentieren, aber im Grunde sind es Wirtschaftskriege mit dem einzigen Ziel, unsere Länder auszuplündern und sich zu bereichern genau wie die afrikanischen Führer, unglücklicherweise auf Kosten des Lebens von Millionen meiner Brüder und Schwestern. Können wir wirklich keine andere Welt schaffen, in der nicht jede Person in Frieden leben kann? Verstehen Sie bitte, dass wir Opfer einer anhaltenden Verarmung sind, die vom Westen organisiert wird und häufig durch unsere eigenen Führer im Dienste der Multinationalen exekutiert wird. Es sind diese Kriege, vor denen ich geflohen bin und dem Elend, welches sie in meinem Land erzeugt haben. Ich möchte überleben und meine Familie erhalten, die in Afrika geblieben ist. Ich will nicht

Deswegen befinden wir uns in einer Situation, in der wir weder unsere Felder bestellen können, noch ruhig schlafen können, noch an die Zukunft unserer Kinder und unserer Brüder denken können. Alles was in unseren Ländern hergestellt wird, nützt den Multinationalen, die von den europäischen und amerikanischen Regierungen und unseren eigenen Regierungen unterstützt werden, während wir an Hunger sterben. ... Wir sind zum Elend verurteilt in Ländern, wo Gold, Diamanten, Koltan, Kupfer und einschließlich Erdöl in Mengen fließen. Und immer für den Wohlstand von anderen! Diese Welt ist schäbig nicht wahr?

... Ich bin sicher, dass Sie, wenn Sie meine Geschichte kennen würden und die meiner Kameraden, mich nicht zwingen würden dahin zurückzukehren, wo ich herkomme und mich auch nicht in einer Wüste aussetzen würden, ohne jegliche Möglichkeit des Überlebens. Ich wiederhole, dass ich leben will und meinen Geschwistern helfen will zu leben, nur um das bitte ich!

Hinter den Trennungsmauern von Melilla,Bashige Michel, Einwanderer! ■

PRO ASYL zu den Ergebnissen der Koalitionsvereinbarungen im Bereich Migration- und Flüchtlingspolitik:

Nur Prüfaufträge, wo politisches Handeln nötig ist

Flüchtlinge und Migranten haben von der großen Koalition wenig Zukunftsweisendes zu erwarten. Dies zeigt ein Blick in das Kapitel Innenpolitik der Koalitionsvereinbarung. Hier sind an vielen Stellen lediglich Prüfaufträge vereinbart worden, wo politisches Handeln nötig wäre. Es wird öffentlichen Druck auf die Koalition brauchen, damit die Liste der Prüfaufträge nicht die Agenda einer Politik des Aussitzens wird. Immerhin: Prüfaufträge gibt es auch für bisherige Tabuthemen der Union: Der Umgang mit „Illegalen", das kommunale Wahlrecht für Drittstaatler, das Elend mit den Ausweisungen von in Deutschland aufgewachsenen Kindern. Das Zuwanderungsgesetz soll nach dem Willen der Koalitionäre mit Blick auf das Problem der Kettenduldungen evaluiert werden. Die Praxis hat längst gezeigt: Das Zuwanderungsgesetz kam, die Kettenduldungen blieben. Täglich werden Menschen abgeschoben, die in Deutschland viele Jahre lang mit einer Duldung und in Ungewissheit lebten – in Länder, die zumindest ihre Kinder oft gar nicht kennen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Nicht vereinbart wurde eine Neuregelung des Arbeitsmarktszugangs für Geduldete. Den Betroffenen bleibt damit das Stigma des Angewiesenseins auf Sozialleistungen und eine wesentliche Hürde für die Aufenthaltsverfestigung.

Die Koalition hat sich stattdessen die Beseitigung praktischer Hindernisse für Abschiebungen auf die Fahne geschrieben. Wie bisher bereits wird dies heißen, dass Abschiebungen in fast jeden Kriegs- und Krisenstaat betrieben, Abschiebungshindernisse wegdefiniert und Menschen rigide abgeschoben werden.

Kontinuität im Schlechten verbirgt sich hinter der zunächst progressiv klingenden Absicht der Koalitionsparteien, die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen verstärken zu wollen.

Fast alles, was hier in den vergangenen Jahren geschehen ist, diente nicht der Bekämpfung von Fluchtursachen, sondern dem Kampf gegen Flüchtlinge. Es wird interessant sein, wie der neue Bundesinnenminister das Thema interpretiert. Er hatte Otto Schilys Idee von Aufnahmeeinrichtungen in Nordafrika als das gebrandmarkt hat, was sie war: ein Plädoyer für die Finanzierung von Internierungslagern am Rande der Wüste. Ernst gemeinte Fluchtursachenbekämpfung können nur eine auf den Menschenrechten basierende Außen- und Entwicklungspolitik mit langem Atem sein, nicht der Versuch, den Staaten der Herkunftsregionen von Flüchtlingen die Probleme vor die Tür zu legen.

Die Koalitionsvereinbarung enthält ein klares Bekenntnis zu Dialog und Integrationspolitik. Eine konsistente Politik des Flüchtlingsschutzes und eine Aufgabenbeschreibung für eine künftige Integrations- und Nichtdiskriminierungspolitik ist nicht enthalten.

Es wäre allerdings illusionär, von der Zweckgemeinschaft einer großen Koalition zu erwarten, was die Vorgängerregierung, blockiert von der Unionsmehrheit im Bundesrat, nicht geschafft hat: eine zukunftsfähige Einwanderungs- und Integrationspolitik und einen effektiven Schutz von Flüchtlingen. Die neue Koalition will wenig. Vielleicht gelingt es ihr, sich wenigstens gelegentlich selbst zu übertreffen.

gez. Bernd Mesovic, Referent Pro Asyl ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Von einem bemerkenswerten Besuch im Sudetendeutschen Haus in der bayerischen Landeshauptstadt berichtet die *Sudetendeutsche Zeitung*. Wie das Blatt schreibt, besuchten kürzlich drei tschechische Senatoren sowie der Menschenrechtsbeauftragte der tschechischen Regierung die Zentrale der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in der Münchner Hochstraße. Sie trafen dort mit dem SL-Sprecher, dem SL-Bundesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern zusammen, also mit der – ihrem Selbstverständnis nach – Exilregierung der Sudetendeutschen „Volksgruppe". Mit dabei war – quasi als Mittler – ein Vertreter der bayerischen Staatsregierung, nämlich Ministerialrat Paul Hansel aus der Staatskanzlei. Und außerdem – das war vielleicht das Wichtigste – war, wie die Zeitung schreibt, „das tschechische Außenministerium durch Generalkonsul Karel Boruvka und Konsul Jan Hlousek vertreten".

Schon bei der Einladung an die tschechische Delegation haben Freistaat und „Volksgruppe" offenbar eng kooperiert. Eingeladen hatte der bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Eberhard Sinner; die Münchner Zusammenkunft organisiert hatte Peter Barton, der Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, das intern als Botschaft der Sudetendeutschen „Volksgruppe" in der tschechischen Hauptstadt gilt. Schleichend sucht die SL mit Hilfe der bayerischen Landesregierung die Anerkennung ihres Selbstverständnisses durch die tschechische Regierung zu erreichen. Die Einbeziehung zweier Vertreter des Außenministeriums hilft ihr dabei.

Unterdessen plant die SL, im kommenden Jahr „konzentrierte, bundesweite Aktionen zur Vertreibung der Sudetendeutschen durchzuführen". „Angesichts der Tatsache, daß der größte Teil der Sudetendeutschen im Jahre 1946 aus der Heimat vertrieben wurde, sollte 2006 zur 60. Wiederkehr dieses Ereignisses bundesweit an den Völkermord der Sudetendeutschen erinnert werden", heißt es in einem von der Sudetendeutschen Bundesversammlung verabschiedeten Antrag.

„Völkermord der Sudetendeutschen" – offenbar unfreiwillig ist da der korrekte Ausdruck für die Taten der „Volksgruppe" bis ins Jahr 1945 hinein verwandt worden. Ob die geplanten Informationsstände und bundesweiten Demonstrationen in München (Marienplatz) und Berlin (Brandenburger Tor) wirklich zustande kommen, wird man abwarten müssen.

jk (nach: Sudetendeutsche Zeitung 25.11.2005) ■

„Ungezählt sind Himmlers Getreue…"

Nation & Europa 11/12-05

Wenn das Jahresende näher rückt, scheinen der N&E-Redaktion Jahr für Jahr die Ideen auszugehen und sie produziert ein Doppelheft – etwas umfangreicher als ein Monatsheft, aber nicht mit annähernd doppelt so vielen Seiten. Auf dem Titelbild zeigt ein mehrfach gebrochener roter Pfeil, montiert zwischen Bundeskanzlerin Merkel und SPD-Fraktionschef Müntefering, die sich leicht ratlos anzublicken scheinen, steil nach unten. Der Hefttitel informiert, worum es geht: „‚Volksparteien' im Sturzflug: Das macht Mut". Der einzige allerdings, der sich zu diesem Thema in der aktuellen Ausgabe äußert, ist Herausgeber *Harald Neubauer*, dem dazu aber auch nur populistische Plattitüden über unfähige Minister einfallen. Offensichtlich konnten den Redakteuren allem demonstrativ zur Schau gestellten Optimismus zum Trotz, auch die Wahlergebnisse der Neofaschisten die Laune nicht verbessern: In der Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt", in der in jeder Ausgabe über die europäischen Rechtsparteien berichtet wird, kommt diesmal Deutschland nach Österreich und der Schweiz erst an dritter Stelle. Und um das Maß voll zu machen, wird in der knapp anderthalb Spalten langen Meldung in erster Linie von innerrechtem Gezänk berichtet. So weit scheint es mit dem im Titel beschworenen Mut nun auch wieder nicht her zu sein.

Aus strafrechtlichen Gründen können die Autor(inn)en von „Nation & Europa" häufig nicht so schreiben, wie sie denken. Ihre Wortwahl verrät sie aber dann doch, wie der Artikel „Sturm auf Europa" des N&E-Redakteurs *Karl Richter* beweist: „Neu ist aber die Massivität der Einbrüche, auch der Grad an Organisiertheit. Hunderte von Schwarzafrikanern schafften es allein in den letzten Wochen, weil die völlig überforderten Grenzwächter renitente Grenzverletzer im schlimmsten Fall festnehmen und abdrängen können. Kein Illegaler muß den scharfen Schuß an Europas Außengrenzen fürchten". Man kann das Bedauern über diese (leider falsche) „Tatsache" geradezu spüren. Dass Richter im Zusammenhang mit den Immigranten den rassistischen Begriff „Mischlingskinder" benutzt, wundert einen dann wirklich nicht mehr.

Franz Schönhuber rät zur Vorsicht. Unter der Überschrift „Die Worte wägen" geht es, auch wenn er dieses Wort natürlich nicht benutzt, um political correctness: „Kurz vor der Dresdner Nachwahl gab der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Menzel vor der Presse Erklärungen zu Hitler ab, die alles andere als hilfreich waren. Zudem sprach er sich für die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1939 aus, also unter Einschluß Österreichs und des Sudetenlandes. Prompt handelte er sich eine Strafanzeige des Zentralratspräsidenten der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung der NS-Opfer ein und brachte damit die Parteiführung in Erklärungsnöte. Sie konnte ihre Ablehnung dieser Aussagen nicht allzu deutlich zum Ausdruck bringen, um nicht bei manchen Mitgliedern in den Verdacht eines Kniefalls vor dem Zentralrat zu kommen". Anders ausgedrückt: Eine allzu offen zur Schau gestellte Nazigesinnung ist schlecht für das Renommee in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Eine Distanzierung von solchen Äußerungen aber verärgert die Hardcore-Nazis, die das Rückgrat der Bewegung bilden. Ein böses Dilemma, aber die NPD-Führung hat die Sache im Griff: „Ich vertraue lieber auf das Bemühen der Parteiführer wie Voigt, Marx und Apfel, die ich für loyal und kompetent halte und deren Gratwanderungen mir fallweise Respekt einflößen".

Einen langen Beitrag widmet *Dr. Fritz Stenzel*, dem 60. Jahrestag der Eröffnung des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptnaziverbrecher – ein Ereignis, das den politischen Nachkommen der damals Angeklagten noch heute den Schaum vor den Mund treibt. Das beweisen Worte wie „Siegertribunal gegen deutsche Politiker und Militärs", „unsägliche Justizfarce" oder als Charakterisierung des Prozesses: „Er sollte den Rachegelüsten einen juristischen Tarnanstrich geben und zugleich den Besiegten alle Kriegsschuld aufbürden". So weit, so langweilig. Interessant dagegen wird es, wenn Stenzel auf den Kern der Sache kommt: „Die Nürnberger Anklage basierte auf folgenden Kernpunkten: Verschwörung zur Führung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor allem der erste Punkt war eine Absurdität, zumal das Gericht den Beginn jener angeblichen Verschwörung auf den 30. Januar 1933 datierte, jenen Tag, an dem Hitler Reichskanzler wurde.... In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verurteilte das Völkerrecht den Krieg keineswegs als prinzipielles Verbrechen. Er war ein allseits gehandhabtes Mittel staatlicher Machtpolitik...". Für Antifaschist(inn)en liegt genau da der springende Punkt: Mit dem Urteil von Nürnberg wurde endlich das Führen eines Angriffskrieges unter Strafe gestellt. Natürlich ist die Forderung, die der Urteilsspruch enthielt, dass kein Staat mehr einen anderen überfallen dürfe, noch immer nicht erfüllt und bleibt deshalb nach wie vor aktuell – in Nürnberg aber wurde sie zum ersten Mal völkerrechtlich gefasst.

Wes Geistes Kind die Leser(innen) einer Zeitschrift sind, enthüllt sich häufig in ihren Briefen. Maik Hampel aus Henningsdorf äußert sich über den SS-Chef Heinrich Himmler: „Ungezählt sind Himmlers Getreue, die über seinen Tod hinaus zu ihm standen, die seine Ermordung mißbilligten und den Tod des Reichsführers SS betrauerten". Und Hans Weinberger aus Essen weiß etwas über „die zunehmende Vergreisung des deutschen Volkes": „Die Ursache dafür dürfte zu einem nicht geringen Teil in der sogenannten ‚Emanzipation' liegen. Die Spätfolgen: Hohe Scheidungsraten und Gerichte, die fast immer zu Ungunsten des Mannes entscheiden". Ob sich seine Frau von ihm getrennt hat?

tri ■

„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende"

Inzwischen sind

1450,- Euro

eingetroffen. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern! Spendenkonto: GNN-Verlag Kto.Nr. 10419507, Postbank Köln, BLZ 370 100 50